

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 33 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 9. Februar 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Saar-Nazis unter sich
Seite 3

Deutschlands
Kriegsstofflager
Seite 4

Dimitoff spricht zur Welt
Seite 7

Geheimnis der Stratosphäre
Seite 7

Von Tardieu bis Renaudel?

Große Kammernmehrheit für Doumergue in Aussicht

H. W. Die Geschlossenheit der französischen Linken im Kampfe gegen die parlamentarische und außerparlamentarische heftige Aktion der Rechten hat nur wenige Stunden gehalten. Ministerpräsident Daladier hat dem Aufsturm von rechts her weichen müssen und die Trennung der Radikalsozialisten von den Sozialdemokraten ist vollzogen. Die parlamentarische Mehrheit, die sich noch am Dienstag dreimal für Daladier ausgesprochen hatte, ist offenbar zerfallen, wie tiefgehend die Erregung im französischen Volke ist.

War es wirklich nur der Jörn über die schweren Korruptionsskandale, der die Massen gegen die Deputiertenkammer in Bewegung setzte und sie mit solcher Zähigkeit kämpfen ließ? Waren es wirklich nur Haufen von Demonstranten, die im Grunde führerlos ihrer elementaren Leidenschaft folgten? Oder war nicht doch die entscheidende Führung dahinter, die auf die Beseitigung eines Linkskabinetts mit allen Mitteln hinarbeitete? Hat auch deutsches Propagandageld gearbeitet, wie radikalsozialistische Zeitungen behaupten? Wenn ja, — und die Wahrscheinlichkeit liegt nahe — hat es sich gegen die Interessen Hitler-Deutschlands angewandt, denn das Ergebnis der Straßenunruhen ist keine Schwächung, sondern eine Stärkung der französischen Regierungsgewalt. Der Kurs ist über Nacht von links nach rechts gewechselt. Von „Revolution in Paris“ jedoch, wie die nationalsozialistische Presse Deutschlands jubelnd in Hieslerleitern schrieb, ist keine Rede.

Nachfolger des zurückgetretenen Ministerpräsidenten Daladier wird der frühere greise Präsident der Republik Doumergue. Er hat den Auftrag erst angenommen, als sicher war, daß er die Kammer auflösen könnte, wenn sich ihm eine Mehrheit verweigern würde. Die Parlamentsauflösung ist aber schon abgewehrt, da sich ein Kabinett früherer Ministerpräsidenten von Tardieu bis Herriot, von der Rechten bis zu den Radikalsozialisten zusammenfinden dürfte. Dieser großen Mehrheit würde dann nur die Opposition der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegenüberstehen.

Nachdem das Linkskartell nicht die Kraft und die Geschlossenheit entwickelt hat, die in einer Zeit so großer innerer und äußerer Gefahren gefordert werden muß, ist das Kabinett der Konzentration, das schon lange am Horizont sichtbar wurde, der einzige Ausweg aus einer verworrenen und gefährlichen Lage.

Europa wird nun, wenn man von den nordischen Staaten absteht, überall ohne und gegen die Sozialdemokratie regiert. Die Spannungen im Innern und nach außen sind überall so groß geworden, als daß eine Zusammenarbeit zwischen den sich bedroht fühlenden Verfeindeten der alten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung und der Sozialdemokratie nur sehr schwer möglich ist. Auch für Frankreich hat sich das nun erwiesen, obwohl es an ehrlichen Versuchen, die Zusammenarbeit zwischen Linksbürgerlichen und Sozialdemokraten zu ermöglichen, nicht fehlte und vieles für diese Politik sprach. Die Sozialdemokratie ist nun auch in Frankreich von der Verantwortung für die schweren sich anbahnenden Entscheidungen frei und braucht sich nicht an Aufgaben zu schwächen, die einer sozialdemokratischen Partei verhängnisvoll werden können.

12 Tote — 580 Verletzte

Die blutige Nacht

Paris, 8. Febr. Erst jetzt war es auf Grund von Nachforschungen in den Krankenhäusern und in den Kasernen möglich, die genaue Zahl der Opfer festzustellen. Nach einer Verlautbarung des Innenministeriums sind folgende Verluste zu verzeichnen: 12 Tote, davon 6 Manifestanten und 6 Soldaten der republikanischen Garde. Die Leichen der Gardisten wurden von der wütenden Menge sofort in die Seine geworfen; 580 Verletzte, davon 170 Manifestanten, 180 Polizisten, 130 Soldaten der republikanischen Garde und 100 Soldaten der mobilen Garde. Unter den Verletzten befindet sich außer einigen Stadtratsmitgliedern der Senator Menier, der von der Menge erlitten und über zugerichtet wurde.

Ehrenvolle Beisetzung

Paris, 8. Febr. Der Vorstand des Pariser Gemeinderates hat beschlossen, die bei den Pariser Unruhen ums Leben gekommenen Personen auf Kosten der Stadt beiseite zu lassen.

Neusozialisten für Doumergue

Chiappe kommt wieder

Paris, 8. Febr. (Eig. Meldg.) Die Neusozialisten haben mit allen gegen 5 Stimmen beschlossen, die Regierung Doumergue zu unterstützen. Ob eines ihrer Mitglieder in das Kabinett eintritt, ist noch nicht sicher. Die Unterstützung des Kabinetts durch die Radikalsozialisten ist gewiß. Wahrscheinlich wird Herriot dem Kabinett angehören, nicht jedoch Daladier, der nicht nur durch die Straßenunruhen, sondern auch durch sein Schwanken während der letzten Wochen sehr kompromittiert ist. Es war unmöglich, die Regierung im Amt zu halten, da das französische Volk bei blutigen Unruhen in derartigem Umfange rein stimmungsgemäß in seiner großen Mehrheit sich gegen die verantwortliche Regierung wendet.

In einigen politischen Kreisen wird behauptet, Doumergue habe an seinen Auftrag zur Kabinettsbildung u. a. folgende Bedingungen geknüpft: Sofortige Auflösung der Kammer, Ausschreibung der Neuwahlen nicht vor sechs Monaten, Revision der Verfassung, Wiedererhebung des von Daladier seines Amtes enthobenen Polizeipräsidenten Chiappe.

Daran ist wohl nur richtig, daß mit dem Wiedereinsetzen Chiappes zu rechnen ist. Die anderen genannten „Bedingungen“ dürften nur gesprächsweise als letzte Möglichkeiten genannt worden sein, die aber nicht in Betracht kommen, da das Kabinett Doumergue mit einer breiten parlamentarischen Basis rechnen kann.

Waffenstillstand bis Jahresende

Wunsch des neuen Ministerpräsidenten

Der künftige Ministerpräsident hat einem Mitarbeiter des „Intransigeant“ telefonisch über seine Pläne folgendes erklärt: Ich bin fest überzeugt, daß sich noch alles ins Reine bringen läßt; doch müßte die Kammer von sich aus alles für eine Einigung und Entspannung tun. Wenn sie die Führer aller großen Parteien und die ehemaligen Ministerpräsidenten auffordern würde, sich zusammenzusetzen und ihre Streitigkeiten zu begraben, wenn sie die Verpflichtung übernehme, diese Männer zu unterstützen, dann würde die Ordnung schnell wieder hergestellt sein. Aber ich betone, die Kammer muß diesen Schritt von sich aus tun. Ein derartiges Kabinett, dem beispielsweise ein Waffenstillstand bis Ende dieses Jahres gewährt werden könnte, und das von den Führern der großen Parteien und den ehemaligen Ministerpräsidenten gebildet wäre, würde im wahren Sinne des Wortes ein Kabinett der nationalen Einigung sein. Es müßte sich einzig und allein mit der Verabschiedung des Staatshaushalts, der Wiederherstellung der Lage und der aufmerksamen Prüfung der äußerst ernsten außenpolitischen Lage befassen.

Dah Männer, aus sämtlichen Parteien genommen, die Ordnung wieder herstellen müßten, ist auch die Auffassung des Matin, der — wie die meisten Blätter — nach einer Regierung der nationalen Einigung ruft.

Das Blatt ist davon überzeugt, daß das Kabinett schon heute gebildet werde. Wenn das Frieder gefallen sei, könne man daran denken, Neuwahlen auszuschreiben.

Anderer Blätter glauben allerdings, daß mit dieser Kammer überhaupt nichts anzufangen ist, und daß sie sofort aufgelöst werden müsse. Das Volk, erklären diese Organe, werde sich mit dem Rücktritt des Kabinetts Daladier-Frot nicht begnügen.

Sozialistischer Aufruf

Paris, 8. Februar. (Eig. Meldung.) Die Vorstände der Sozialistischen Partei und der sozialistischen Parlamentsfraktion erlassen folgenden Aufruf:

„Angesichts der schweren durch die royalistischen und antisozialistischen Attentate geschaffenen Situation wie angesichts des Versagens der Männer, denen die Demokratie die Macht anvertraut hatte, erklärt sich die Sozialistische Partei bereit zu allen Maßnahmen, die notwendig sind, um die republikanischen Freiheiten und die Freiheiten der Arbeiterklasse zu verteidigen. Um eine Regierung zur Verteidigung dieser Freiheiten zu schaffen, appelliert sie an alle Personen und Organisationen, die sich an ihre Seite stellen wollen, um die

Das Rätsel England

Dr. O. G. London, 7. Februar.

Das Abrüstungsmemorandum Sir John Simons hat in der ganzen englischen Presse von der sozialistischen „Daily Mail“ zum sozialistischen „Daily Herald“ eine fast begeisterte Aufnahme gefunden. Auch im Parlament hatte Simon fast einhellige Zustimmung. Nur Lord Cecil hat in der Presse eine leise Kritik gemogt. Alle Zeitungen suchten die Simon-„Lösung“ als das ideale Kompromiß hinzustellen. Fein säuberlich suchten sie herauszuarbeiten, was Deutschland zugestanden und was Frankreich bewilligt würde.

Für Deutschland: Erlaubnis zur sofortigen Aufrüstung (Tanks und Geschütze sofort, Militärflieger in zwei Jahren), 300 000-Mann-Heer, Anerkennung der EM- und SS.

Für Frankreich: ständige Kontrolle, Beratung der Mächte im Falle eines gemeldeten Bruchs der Abrüstungskonvention, Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund.

Die meisten Blätter lägen sich und ihren Lesern damit einmütig vor. Nur wenige Blätter, wie der „Observer“ und die „Sunday Times“, sind in dieser Beziehung aufrichtiger: sie gestehen ein, daß das englische Memorandum im Grunde den deutschen Forderungen viel weiter entgegenkommt als den französischen; sie erkennen, ohne es offen auszusprechen, auch, daß es sich praktisch um eine Kapitulation vor Hitler handelt. Sie rechtfertigen diese Tatsache, die ihnen herzlich zumider ist, damit, daß Deutschland ja ohnehin aufrüsten würde, daß niemand es daran hindern könne, wenn man nicht gerade einen Krieg herausbeschwören wolle, und daß eine geordnete Aufrüstung immer noch besser sei als eine ungeordnete, die in ein Betrüben ausarten würde. Also England kapituliert vor vollendeten Tatsachen.

Freilich scheinen sich die Engländer dabei über eines nicht klar zu sein. Wenn England heute nicht gewillt ist, ernsthaft gegen den Bruch eines immerhin noch in Kraft befindlichen Vertrages aufzutreten, wo bleibt dann die Sicherheit für Frankreich. Würde England sich bei einem festgestellten Bruch der Abrüstungskonvention nicht genau so um jede Handlung herumdrücken, wie es sich gegenüber Japan beim Mandchurenunternehmen, und wie es sich heute gegenüber Deutschland bei der vertragswidrigen Aufrüstung herumdrückt? Würde England nicht auch bei einem Bruch der Abrüstungskonvention wieder vor vollendeten Tatsachen kapitulieren?

Es ist wohl selbstverständlich, daß Frankreich sich diese Frage stellen wird. So ist es im Grunde das Ausweichen Englands, das einen Erfolg der Abrüstungskonferenz vereitelt (womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß eine andre Haltung Englands einen Erfolg der Konferenz garantieren würde). England, das sich nach keiner Seite festlegen will, das nicht einmal Sanktionen gegen einen Staat versprechen will, der die Abrüstungskonvention brechen würde, ist heute die schwerste Gefahr für den Frieden — gerade weil es so pazifistisch ist, daß es vor jedem Konflikt ausweicht.

Genau dasselbe ist in der österreichischen Frage festzustellen. Auch dort weicht England nach anfänglich kräftigen Worten zurück. Von England aus wurde Tollfuß immer wieder gerufen, nicht an den Völkerbund zu appellieren — denn was könne Genf schon machen? England fürchtet, in Genf vor eine klare Entscheidung gestellt zu werden, die zu mehr verpflichtet als zu einer billigen Sympathieerklärung. Darum hofft es auf Mussolinis gute Dienste, ja ehe es hart auf hart geht, würde es sogar eine Nazifizierung Oesterreichs hinnehmen (die liberale „News-Chronicle“ sagt schon, das sei ja gar nicht so schlimm, wenn nur der formale Anschluß vermieden würde).

Oft hört man von den europäischen Kreisen, die diese ausweichende Politik Englands für ein Verhängnis halten, Vorwürfe gegen Macdonald. Dazu muß gesagt werden, daß diese Ankläger des englischen Ministerpräsidenten ihn weit überschätzen. Macdonald ist nicht der böse Geist, der aus falsch verstandenem Pazifismus England in die Sackgasse führt. Macdonalds Einfluß ist nicht groß genug, um überhaupt etwas Positives zu erreichen. Wenn Baldwin und die Konservativen anders wollten,

Fortsetzung siehe 2. Seite

wäre Macdonalds „Pazifismus“ eine zerplante Seifenblase. Nicht Macdonald und Simon allein sind verantwortlich zu machen. Das Ausweichen ist vielmehr die englische Politik, die von dem englischen Volk gedeckt wird. Niemand ist mit Simon zufrieden, aber erst recht niemand will eine wirklich aktive Politik. Das Wesen der englischen Politik ist rätselhaft. Im Grunde war die englische Politik immer eine ähnliche. Die Engländer sind nicht die Intriganten, als die sie in Deutschland so gerne geschildert wurden. Die Engländer improvisieren vielmehr in der Politik, wobei Gefühlsmomente mindestens im Volk eine große Rolle spielen. Bisher ist das Improvisieren England stets gut bekommen. Die englische Politik hat oft schwere Fehler gemacht, sie ging oft in die Irre, aber im letzten Moment wurde dann das Steuer herumgeworfen, gerade ehe es zu spät war.

Die Engländer sind ein ungeheuer geduldiges Volk. Sie beugen sich vor vollendeten Tatsachen, wenn der Gegner sich nicht durch ein anfängliches lautes Protestgeschrei einschüchtern läßt. Sie ertragen eine ganze Menge Ohrfeigen. Es war der Fehler der Außenpolitik der Weimarer Republik, diese englische Eigenart überhaupt nicht in Rechnung gestellt zu haben. Die Weimarer Republik hat um Englands Gunst gemorben — der größte Fehler, den man England gegenüber machen kann (Frankreich kann das heute feststellen). Hitler hat in diesem Punkte — bewußt oder unbewußt? — mehr Geschick entwickelt, bisher mit Erfolg. Aber wird er aus der Katastrophe Wilhelms lernen? Auch die kaiserliche Außenpolitik hat zunächst von England durch eine ähnliche Ohrfeigenpolitik manches erreicht. Auch hier hat der kriegsunlustige Engländer lange den Weg des geringsten Widerstandes gewählt, genau wie jetzt in der Hoffnung, durch Konzessionen die deutsche Gemütsverfassung zu besänftigen. Aber Wilhelm hat geglaubt, mit dieser Ohrfeigenpolitik immer weiter gehen zu können, er begann die Engländer für feige zu halten, für Leute, denen man alles zumuten könne. Erst als es zu spät war, hat er erkannt, wie sehr er sich hier verrechnet hat. Denn es gibt für England Grenzen, niemand kann theoretisch sagen, wo diese Grenzen liegen. Sind sie aber überschritten, dann ist es für den Angreifer eine nahezu hoffnungslose Angelegenheit. Wilhelm hat das erfahren müssen, seine aggressive Außenpolitik endete nach anfänglichen Erfolgen in der Katastrophe. Wird Hitler rechtzeitig aufhören, seine grobe Expansionspolitik England gegenüber anzuwenden? Oder werden ihn seine augenblicklichen Erfolge in der Abrüstungspolitik dazu verleiten, den Weg des Kaiserreichs zu gehen? Eine Schicksalsfrage nicht nur für Deutschland.

Nicht Rüstungsgleichheit

John Simon und Austen Chamberlain

London, 7. Febr. Im Laufe der Aussprache über die außenpolitischen Erklärungen des Ministers Sir John Simon nahm auch Sir Austen Chamberlain das Wort. Er sagte u. a., daß man einen großen Fehler begangen habe, indem man Deutschland die Gleichberechtigung zugestanden habe, und einen noch größeren Fehler damit, daß man dies unter den gegenwärtigen Umständen getan habe.

In bezug auf die Sicherheit betonte der Redner, daß die von Großbritannien übernommenen Verpflichtungen keine hohlen Phrasen seien, und daß, wenn Großbritannien sich nicht im Voraus für Situationen, die man nicht voraussehen könne, weiter binden wolle, man doch absolut sicher sein könne, daß es die bisherigen Verpflichtungen einhalten werde.

Weber den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt könne man sich nur freuen, wenn man die Gewissheit hätte, daß dieser Pakt nicht eine Wette Deutschlands sei, die den Zweck verfolge, sich größere Bewegungsfreiheit nach der österreichischen Seite hin zu sichern.

Sir John Simon erwiderte auf die Angriffe Chamberlains u. a., daß in dem englischen Weißbuch nicht von einer „deutschen Rüstungsgleichheit“ gesprochen werde, sondern von einer „Gleichberechtigung auf dem Gebiete der Rüstungen“.

Schließlich hielt noch Vordirektorbewahrer Eden eine Rede, in der er den Willen Englands betonte, die Unabhängigkeit Österreichs zu schützen.

Oesterreich und Mussolini

Umgehung des Völkerbundes?

Wien, 8. Febr. (Eig. Drahtber.)

Man nimmt hier an, daß die kurze Verzögerung des österreichischen Schritts beim Völkerbundsrat vor allem darauf zurückzuführen ist, daß Mussolini gegen den neu entstandenen Viererpakt auf dem Balkan einen ebensoförmigen Viererpakt mit Ungarn, Oesterreich und Bulgarien zustande bringen möchte und man glaubt die Reise von Dollfuß nach Budapest damit in Zusammenhang bringen zu können.

Damit würde die Regelung des österreichischen Problems praktisch dem neuen Bündnisystem und nicht dem Völkerbundsrat obliegen. Dazu verbreitet das deutsche Nachrichtenbüro aus Wien noch folgende Meldung:

„Die Ueberreichung der Note der österreichischen Regierung an den Völkerbund, in der die Prüfung des deutsch-österreichischen Konfliktes durch den Völkerbundsrat beantragt werden soll, wird sich, wie heute mitgeteilt wird, voraussichtlich bis in die nächste Woche hinauf verzögern.“

Der österreichische Gesandte beim Völkerbund, Pflügel, hat bisher noch keinerlei Auftrag erhalten, beim Generalsekretär des Völkerbundes die Anrufung des Völkerbundsrates zu beantragen.“

Die ungewein zögernde Haltung Englands ließ Dollfuß anscheinend raskom erscheinen, seine Unterstützung in dem neuen Bündnisystem eines mitteleropäischen und Balkan-Viererpaktes, dessen Spitze ebenso gegen Hitler gerichtet ist, wie die des von Frankreichs Verbündeten vor wenigen Tagen abgeschlossenen Balkanpaktes, zu suchen, statt den durch Englands Jögern in dieser Frage etwas inaktiv gewordenen Völkerbundsrat zu bemühen.

Dollfuß in Budapest

Budapest, 8. Febr. Während der Empfangs am Mittwoch im Ministerpräsidentium haben die Neglerungsadels Kommissar und Dollfuß Beratungen geführt, denen auch der italienische Gesandte, Prinz Colonna, beigewohnt hat.

Fortsetzung von der 1. Seite

Republik und die Zukunft der Arbeiterklasse den Parteien des Faschismus und der Reaktion zu entreißen.

Die Sozialistische Partei hat gestern an die Kommunisten und an die kommunistische Gewerkschaftsorganisation die Aufforderung zu gemeinsamem Handeln ergeben lassen. Die kommunistische Gewerkschaftsorganisation hat kurzerhand abweichend geantwortet. Die Kommunistische Partei hat sich darauf beschränkt, die Aufmerksamkeit der Sozialistischen Partei auf einen Aufruf zu lenken, den die „Humanite“ heute veröffentlicht. Dieser Aufruf fordert die sozialistischen Arbeiter auf, an den von den Kommunisten geplanten Demonstrationen teilzunehmen.

Der Appell der Sozialisten zur Bildung einer Regierung, die die republikanischen Freiheiten verteidigen soll, ist infolgedessen überholt, als aller Wahrscheinlichkeit nach Doumergue noch heute abend das Kabinett der nationalen Einigung auf die Beine stellen wird.

Wieder 300 Verhaftungen

Gewerkschaftlicher Generalstreik

Paris, 8. Febr. Am Mittwochabend kam es in Paris wieder zu heftigen Ausschreitungen. Etwa 800 Kommunisten schlugen Schaufensterscheiben ein, schlugen die Wasserleitung auf den Straßen auf, zertrümmerten Gasleitungen und zündeten das austretende Gas an. Sechs Polizeibeamte wurden dabei schwer verletzt. Der Verwaltungsausschuß des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes hatte beschlossen, für den 12. Februar einen 24stündigen Generalstreik auszurufen, der nach einem neueren Beschluß noch vorverlegt werden soll.

Der polizeiliche Ordnungsdienst ist um 2 Uhr früh in Paris zurückgezogen worden. Bei den Unruhen in der Nacht zum Donnerstag ist auch der Direktor der städtischen Polizei, Marchand, schwer verletzt worden. Auch ein Mitarbeiter des „Antirassisme“ wurde schwer verletzt vom Pflaster getrieben. Insgesamt wurden 300 Verhaftungen vorgenommen. Mehr Polizisten werden als verletzt gemeldet. Das Cafe Weber an der Madeleine war wieder als Verbandstempel eingerichtet worden.

Neue Demonstrationen

Paris, 8. Febr. Die kommunistische „Humanite“ fordert in einem Aufruf die Arbeiter und Arbeiterinnen von Paris auf, am Freitag um 10 Uhr auf der Place de la Republique zu demonstrieren.

Andererseits fordert der Allgemeine Arbeiterverband die ihm angeschlossenen oder nahestehenden Vereinigungen wie Liga für Menschenrechte und die sozialistischen Vereinigungen der verschiedenen Richtungen auf, an dem 24stündigen Proteststreik am Montag teilzunehmen und auch an geplanten Demonstrationen in der Hauptstadt und in der Provinz zu teilnehmen.

Die Jugend ruft

Paris, 8. Febr. Einige jüngere Abgeordnete erlassen in dem radikalen Blatt „La Republique“ einen Aufruf zur Verteidigung der republikanischen Verfassung durch Vertrauensjunge Elemente, die nach neuen Grundsätzen und mit jungem Geld das Regime zu retten in der Lage seien. Der Aufruf trägt die Unterschriften der Abgeordneten Deat (Radikalfaschist), Sag (Radikalfaschist), Vienot (rechts-

Vertrauen für Lerroix

Revolutionäre Arbeit der Sozialdemokratie

Madrid, 8. Febr. In namenhafter Abstimmung hat das Parlament der Regierung Lerroix mit 235 gegen 54 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen.

In der vorhergehenden politischen Aussprache forderte der Führer der katholischen Volksaktion, Ad Nobles, ein schärferes Vorgehen der Regierung gegen den täglich mehr um sich greifenden Anarchismus, andernfalls seine Partei, die bekanntlich mit den Radikalen die Hauptstütze dieses Kabinetts bildet, der Regierung ihr Vertrauen entziehen müsse.

Der Innenminister wandte sich gegen die Sozialdemokratische Erklärte. Er erklärte, daß bei der Weiterdauer ihrer gestrigen Agitation zu überlegen sei, ob die Sozialdemokratische Partei nicht als außerhalb des Gesetzes stehend proklamiert werden solle.

Die Antwort des ehemaligen Ministers und Sozialistenführers Prieto war die Erklärung, daß mit allen Mitteln auf die Revolution hingearbeitet werden müsse und werde.

Müller erläßt Kirchengesetze

Zur Niederzwingung der Opposition

Die jüngste Zusammenkunft der evangelischen Bischöfe hat dem Reichsbischof Müller erneuten Mut eingebläht. Soeben hat er in seiner Eigenschaft als preussischer Landesbischof drei wichtige Verordnungen erlassen, die dazu bestimmt sind, die Opposition einzuschüchtern. Nach diesen Verordnungen können Geistliche bis auf weiteres im Interesse des Dienstes durch den Landesbischof aus dem ihnen bisher beizutragenden Pfarramt vertrieben werden. Kirchliche Amtsträger können bis auf weiteres durch den Landesbischof

in den einseitigen Ruhestand

versetzt werden, wenn (nach seiner Auffassung) die Voraussetzungen für eine Versetzung vorliegen. Während der Dauer des einseitigen Ruhestandes erhält der kirchliche Amtsträger ein Wartegeld in Höhe von 80 Prozent seines Einkommens. Hat der kirchliche Amtsträger zur Zeit seiner Versetzung in den einseitigen Ruhestand eine ruhegehaltsfähige Dienstzeit von 25 Jahren noch nicht zurückgelegt, so erfolgt eine anderweitige Regelung, wobei jedoch das Wartegeld mindestens 50 Prozent vom Diensteinkommen betragen muß.

Müller hat also neue Machtmittel erhalten. Diese neuen Bestimmungen sind eine scharfe Waffe gegen opponierende Pastoren. Bemerkenswert ist dabei der stark betonte Hinweis auf wirtschaftliche Schädigungen, wovon man sich anscheinend eine besondere Wirkung verspricht. Man muß abwarten, ob der Antrittsgeld der im Pfarrernotbund vereinigten Geistlichen stark genug ist, um sich gegen diese ungewöhnliche Exzessbedrohung unerschütterlich zu behaupten.

stehender Sozialist), Pomaret (Sozialrepublikaner), Serre (Vinsunabhängiger) und des Hauptschriftleiters der „Republique“, Panga.

Überall Zusammenstöße

Das Fieber in Frankreich

Paris, 8. Febr.

Aus der Provinz treffen Meldungen ein, die beweisen, daß die Stimmung nicht auf die Hauptstadt beschränkt bleibt, sondern das ganze Land ergriffen hat.

In Nantes demonstrieren links- und rechtsstehende Vereinigungen gegen die auf dem Marktplatz versammelte berittene Polizei. Mehrere Pferde wurden von der Menge, gegen die die Polizei antritt, durch Messerstücke schwer verletzt. — In Nancy durchzogen Anhänger der Action Francaise und der Patriotischen Jugendverbände die Straßen. Auch hier wurde berittene Polizei eingesetzt und von den Demonstranten mit Waffen aller Art empfangen. — In Douloigne-sur-Mer veranstalteten 500 bis 600 Arbeitslose einen Streikumszug. Sie gingen dabei die Internationale und verlangten Arbeit oder Brot. Ein Polizeikommissar, der sich den Demonstranten entgegenstellte, wurde niedergeschlagen. Eine Person wurde verhaftet. — Selbst in Algerien kam es zu Zusammenstößen zwischen patriotischen Jugendverbänden und Polizei. Auf beiden Seiten gab es Verletzte. Bei allen diesen Kundgebungen sind viele Verhaftungen vorgenommen worden.

Leon Daudet und Maurras

Das Verfahren gegen die „Action Francaise“

Wie der „Populaire“ mitteilt, haben Leon Daudet und Gemahlin Paris vor den Unruhen in Richtung Brüssel verlassen. Das Verfahren gegen den Feuilletonisten des Blattes Charles Maurras wegen Anreizung zum Mord dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Maurras anlässlich der Ermordung des rumänischen Staatsmannes Duca geschrieben hat, es sei gut, wenn man einen Staatsmann umbringe, der die Juden nicht bluten läßt. Die Ausgabe des rumänischen Blattes wurde nach der Sturmnacht der Camelots beschlagnahmt.

Englische Stimmen

London, 8. Febr. Die Vorgänge in Paris werden mit gespannter und unruhiger Aufmerksamkeit verfolgt. Es wird beklagt, daß Frankreich in einer so kritischen Zeit wie der jetzigen keine wirkliche Regierung habe. Die französische Öffentlichkeit habe ungewissenhaft genug von dem Schauspiel, das ihr jähreins, jahraus vom Parlament geboten wird: Eine unzulängliche Regierung nach der anderen sei gebildet worden und wieder zerbrochen, und die Parteien trieben mit jedem einzelnen Minister ihren Kleinlichen und korrupten Anstand. Die vaterländische Selbstlosigkeit des früheren Präsidenten Doumergue, der aus dem Ruhestand ins politische Leben zurückkehrte, findet warme Anerkennung. Times sagt: Es ist ein gutes Zeichen, daß alle wichtigen politischen Parteien mit Ausnahme der Sozialisten sich geeinigt haben, eine „nationale“ Regierung Doumergue zu unterstützen, aber die Erbitterung der letzten Tage hat die Spaltung zwischen den Parteien derartig vergrößert, daß diese Vereinbarung sich vielleicht als eine brüchige Grundlage für ein neues Kabinett erweisen wird. Wie andere Blätter, auch Times von der Möglichkeit, daß schließlich eine Parlamentsauflösung eintreten muß.

Das Neueste

Eine Familientragödie, die zwei Todesopfer forderte, hat sich am Mittwoch in Luxhaven zugetragen. In seiner Wohnung erschloß der Kriminalkommissar Frühlich seine Frau und beging dann Selbstmord. Der Mann dürfte die Tat wegen der langjährigen Krankheit seiner Frau begangen haben.

Die englischen Blätter scheinen einer Mitteilung eines Unterhändlermitgliedes vom gestrigen Mittwoch über ein neuartiges Kampflinien große Beachtung. Es wird mitgeteilt, daß dieses Flugzeug „wie ein Fährstuhl“ fliegen und in kurzer Zeit die erforderlichen Höhen erreichen könne, um einen feindlichen Luftüberfall abzuwehren. Drei Flugzeuge dieses Typs kosteten ebensoviel wie ein Bombenflugzeug. Als weiterer Vorzug dieser neuen Maschine wird der Umstand angeführt, daß sie keinen großen Anaradius habe und nicht genügend Bomben mit sich führen könne, um ein feindliches Land anzugreifen, daß sie also nur als Verteidigungswaffe Wert habe, als solche allerdings sehr großen Wert.

Fünf Tonnen Gold sind im Laufe des Mittwochs mit dem Flugzeug von Paris nach London abgegangen.

Nach einer neueren Meldung aus Barcelona explodierten dort Mittwoch am späten Abend im Zentrum der Stadt auf der Straße eine Bombe und tötete einen Fußgänger. Eine zweite Bombe explodierte im Hause des Vorsitzenden des Fabrikantenverbandes der Stadt Tarrasa. Ein Diensthote wurde schwer verwundet.

Der polnische Außenminister wird nach amtlichen Mitteilungen aus Warschau am 12. Februar in Moskau ein treffen.

Aus Mexiko wird berichtet, daß der Bürgermeister von Guadalupe und drei seiner Freunde von Banditen in einen Hinterhalt gelockt und ermordet wurden. Das Verbrechen, das große Erregung hervorgerufen hat, wird auf politische Beweggründe zurückgeführt.

Nach 14 Jahren

Die Leiche im Kuhstall

DRS. Grünberg, 8. Febr. In Sidschin, Kreis Grünberg, ist der Landwirt Oskar Walter unter dem Verdacht verhaftet worden. Anfang 1920 seine Frau kurz vor dem Ehescheidungsstermin ermordet zu haben. Der jetzt 55 Jahre alte Landwirt hatte damals angegeben, seine Frau habe ihn heimlich verlassen und sei wahrscheinlich nach Polen gegangen. Die Landjägerei nahm jetzt die Nachforschungen wieder auf und veranlaßte mit Hilfe des Arbeitsdienstes Nachgrabungen im Kuhstall. Man fand tatsächlich in der Mitte des Stalles unter dem Dünger etwa 1 1/2 Meter tief menschliche Knochenreste, die zweifellos von der Ermordeten stammen. Besonders bezeichnend sind Zeugnisauslagen, nach denen Anfang 1920 Schreie in der Scheune gehört worden sind.

Saar-Nazis unter sich

„Einigkeit“ hinter der Hakenkreuzkulisse

Der Widerstand zahlreicher nationalsozialistischer Kreise gegen den sogenannten Landesführer Spaniol wird immer schärfer. Bekanntlich vor einigen Wochen eine Anzahl führender Nationalsozialisten bei einer Reise ins Saarland verhaftet worden, als sie maßgebenden Stellen Anklagematerial gegen Spaniol und eine Reihe anderer Führer in der zweiten Linie erheben wollten. Aus einer Veröffentlichung der „Volkstimme“ ist jetzt erkenntlich, womit sich die Vertreter der wahren Volksgemeinschaft an der Saar gegenseitig beschuldigen. In dem Dokument ist davon die Rede, daß die heutige Landesführung der NSDAP und der sogenannten „deutschen Front“ deren Sache hinsichtlich der Rückgliederung zu Hitler zum Scheitern bringe. Große und wachsende Teile der Saarbevölkerung dächten ganz anders darüber, als es äußerlich durch Fahnensturm und Gleichschaltung zum Ausdruck komme. Aus den Unterlagen geht hervor, daß sich vor allem zum Kampf gegen Spaniol

drei verschiedene Richtungen

zusammengefunden haben. Erstens die Richtung des plattischen Gauleiters Bürkel, die Hermann Röschling zum Landesführer der „deutschen Front“ erheben möchte, zweitens eine Richtung Ehrcke, die darauf abzielt, diesen früheren, von der Regierungskommission ausgewiesenen Gauleiter Ehrcke wieder nach dem Saargebiet zu ziehen. Drittens die Richtung der Akademiker und der Intellektuellen, denen der arrivierte Spaniol, ein Mann ohne akademische Grade, nicht genehm ist. Diese Richtung wird unterstützt von den ehemaligen politischen Größen der Saar, die unter Naziterror gleichgeschaltet wurden. Von hier aus gehen, so sagt die „Volkstimme“, Verbindungslinien zu Papen-Röschling.

Um den Anschuldsigungen, die teilweise sogar krimineller Natur sind, besonderes Gewicht zu verleihen, wird in den Unterlagen auch der frühere Parteichef der Zentrumspartei, Rechtsanwalt Stegmann, heftig angegriffen. Man will noch radikaler sein als die offizielle Parteileitung und behauptet, daß die Gleichschaltung nicht mit einer härteren Unterdrückung der ehemals zentrumsliberalen und liberalen Presse zugunsten der Saar-Front geführt habe. Die „Volk-

stimme“ sagt: „Diese Leute befürchten eine langsam fortschreitende Auslaugung und Verwässerung des nationalsozialistischen Gedankengutes“ und dadurch eine unheilvolle Schwächung der Abstimmungsfront für Hitler.“

Die „Volkstimme“ kündigt weitere interessante Veröffentlichungen an.

Inzwischen geht der Kampf um das bekannte Interview, das Herr Spaniol dem schwedischen Journalisten Vinde gegeben hat, mit voller Schärfe weiter. Wir berichteten gestern, daß die katholische „Saarbrücker Landeszeitung“ dem ablenkenden Spaniol vorhielt, daß Vinde in einer Erklärung zu jedem Satze des Interviews stehe, und daß Spaniol tatsächlich Äußerungen über Hitler, den „deutschen Christus“ und den „deutschen Papst“, genau so getan habe wie er, Vinde, es niedergeschrieben habe.

Unter der Ueberschrift „Nun ist's genug!“ geht nun die rechts gleichgeschaltete „Saarbrücker Zeitung“ zum bestigen Angriff gegen die katholische „Saarbrücker Landeszeitung“ vor, obwohl bekanntlich die gesamte katholische Presse und — wie wir jetzt wissen — auch die katholische Geistlichkeit hinter der Veröffentlichung des Interviews stand. Die „Saarbrücker Zeitung“ wirft ihrer katholischen Kollegin vor, daß sie der Aussage eines Ausländers größeren Glauben schenke als der eines „verantwortlichen deutschen Volkstreuers“! (Obwohl dieser, nämlich Herr Spaniol, seinen Eid angeboten habe.) Wenn der Landesführer von einem Mangel an Loyalität spreche, so geschehe das zu Recht. Das Verhalten der „Landeszeitung“ sei „illional bis zur Hinterhältigkeit“. Schon spricht die „Saarbrücker Zeitung“ von den verhängnisvollen Folgen dieser Auseinandersetzung. Jedenfalls könnten die Gegner der „deutschen Front“ im Saargebiet mit den politischen Wirkungen zufrieden sein. Kurz: „So darf es nicht weitergehen!“

Das ist ein sehr berechtigter Wunsch, der freilich kaum in Erfüllung gehen dürfte. Fassade wie Innenseite der „deutschen Front“ sind zerseht. Das Zankkonzept der sogenannten Führer und ihrer Presse wird, wenn nicht alles trägt, in den nächsten Wochen noch ein Crescendo erleben.

gegolten werden, die eine würdige Vergütung für höchstpersönliche Dienste darstellt, damit er das Bewußtsein hat, daß seine Tätigkeit entsprechend anerkannt wird, und damit auch die Selbstachtung seine Sonder- und Vertrauensstellung im Staate als solche erkennt.

Diese Bedeutung der Vergütung kann nur dann gewahrt werden, wenn sie vor jedem Zugriff sichergestellt wird. Sie ist als Dienstaufwandsentschädigung anzusehen. Bei der einziartigen Stellung des Scharfrichters würde es auch dem ethischen Empfinden widersprechen, wenn der Staat die ausschließliche für die Vornahme von Hinrichtungen bestimmten Geldbezüge an irgendwelche andere Personen, Jeffionare oder Pfändungsgläubiger zahlen müßte. Gerade in diesem Fall trifft die Best. § 800 WGB, ganz besonders zu. Die Forderung des Scharfrichters an den Staat auf Vergütung kann daher weder abgetreten, noch geplündert werden.“

(W. Magdeburg, Bechl. v. 27. Nov. 1933 S. 390 (33).“

Reichsangehörigkeit

An Stelle der „Staatsangehörigkeit“

Berlin, 7. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem die Länder durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches ihre Hoheit verloren haben, war eine Änderung des bisherigen Staatsangehörigkeitsrechtes geboten. Der Reichsminister des Innern Dr. Frick hat eine Verordnung erlassen, in der bestimmt wird, daß die Staatsangehörigkeit in den deutschen Ländern fortfällt. Es gibt von jetzt an nur eine deutsche Staatsangehörigkeit (Reichsangehörigkeit). Die Länderregierungen treffen jede Entscheidung auf dem Gebiete des Staatsangehörigkeitsrechtes von jetzt an im Namen und Auftrag des Reiches.

Eintopfreden

Mit Blechmusik

Aus Duppertal wird berichtet:

„Der im Eintopfgericht zum Ausdruck kommende Gemeinschaftsgedanke hatte in Duppertal am gestrigen Eintopfgericht-Sonntag einen besonderen Ausdruck gefunden, indem Arbeitgeber und Arbeitnehmer gemeinsam an einem Tisch bei demselben Eintopfgericht in großer Zahl versammelt waren. Unter Leitung der Ortsgruppen Barmen und Elberfeld der NSD, und der Deutschen Arbeitsfront waren in vier großen Gastwirtschaften der Stadt gemeinsame Tafeln aufgestellt worden, an denen der Fabrikdirektor mit seinem Arbeiter, der Fabrikant mit seinem Nachhalter gemeinsam Erbsensuppe mit Einlage zu demselben Preis von 50 Pf. aßen. Unter andern wurden in der Elberfelder Stadthalle fast 1200 Personen um die gemeinschaftliche Erbsensuppe mit Speck vereinigt. Man sah auch Vertreter der verschiedensten andern Berufe, so u. a. den Landgerichtspräsidenten, Beigeordnete und Vertreter der höheren Beamtenklasse. Bei dem Essen, das im Stadtteil Barmen im Barmer Ratskeller veranstaltet worden war und an dem u. a. auch große Teile der Belegschaft der verschiedenen städtischen Werke, des Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerks, insgesamt etwa 700 Personen teilnahmen, war auch der Oberbürgermeister mit dem größten Teil des Beigeordnetenkollegiums anwesend. Überall wurden Reden gehalten, in denen der hier praktisch zum Ausdruck kommende Gedanke der Gemeinschaft von Führer und Gefolgschaft im Betrieb unterstrichen wurde. Überall gab es dazu Musik, meist ausgeführt von Kapellen der politischen Abteilungen und der NSD., und überall gab es eine harmonische und angeregte Stimmung. Insgesamt hatten sich über 2400 Personen am gemeinsamen Eintopfgericht beteiligt.“

Von „Einheitsgehalt“ wird nichts berichtet. Nach dem schönen Einheitsessen waren schon beim Bezahlen die Klagen gegenwärtig wieder da, denn 50 Pf. für einen Einheitsstopf sind ganz etwas anderes, je nachdem sie der Oberbürgermeister oder ein Kurzarbeiter bezahlt.

Gewissensklausel im Impfgesetz?

Entgegenkommen an die Impfgegner

Berlin, 8. Febr. Die bevorstehende Revision des Impfgesetzes wird nach dem Vorgang anderer Länder, z. B. Englands, Hollands, voraussichtlich die sogenannte Gewissensklausel bringen, durch die grundsätzlichen Gegnern der Impfung die Möglichkeit gegeben wird, unter bestimmten Voraussetzungen die Befreiung von Zwangsmahnahmen zur Durchführung der Impfung zu erreichen. Im Hinblick hierauf hat der Reichsminister des Innern angeordnet, daß in den Regelfällen außerhalb der Zeiten besonderer Gefährdung des Volkes durch Epidemien von Maßnahmen zur zwangsweisen Impfung und von der Einleitung der Strafverfahren wegen Unterlassung der Impfung einwilligen Abstand genommen wird.

Erwachende Frauen

Der Kochtopf allein tut's nicht

(Juprek.) Die Hamburger Frauenführerin, Frau Sophie Rogge-Börner, seit Jahren Vorkämpferin des Nationalsozialismus, betreibt jetzt eine Kampagne gegen die „völlige Verbannung der Frau in die Küche“. In ihrem Blatt „Die deutsche Kämpferin“ schreibt sie: „Alles, was die Frauen in den letzten hundert Jahren geschaffen und erreicht haben, wird als egoistisch, liberalistisch und unvölkisch gebrandmarkt. . . Während die Männer sich „Reinischen des deutschen Jahrhunderts“ nennen, sollen die Frauen in einen primitiven Urszustand zurückverlegt und nur deshalb für die Gesellschaft wert haben, weil sie Kinder zur Welt bringen können. . . Wann werden sich die Mütter endlich erheben und sich gegen einen solchen Geist wehren?“

„Deutscher Gruß“ beim Salutschießen

Die Marinestation der Dürfee teilt mit: Bekanntlich erhalten die deutschen diplomatischen Vertreter im Ausland, wenn sie einem Kriegsschiff einen Besuch abgestattet haben, beim Verlassen des Schiffes einen Salut. Dieser Salut wird nach den neuesten Vorschriften mit dem deutschen Gruß erwidert.

Der wichtigste Beamte

Die Ehrenspesen des Scharfrichters unpfindbar!

Bei allen zivilisierten Völkern gilt der Henker-Beruf als etwas Verächtliches. Wer ihn ausübt, ist ein Mitbürger, dem man nicht mit achtungsvollen Blicken begegnet. Nicht so im „dritten Reich“. Dort ist er wichtiger Funktionär. Sein Beruf ist das Argument seines Staates, der sonst seines hat. Das zeigt mit grauenvoller Deutlichkeit ein Beschluß des Landgerichts Magdeburg, den man als neudeutsches Kulturdokument festhalten muß. Hier der in der gleichgeschalteten „Juristischen Wochenschrift“ veröffentlichte Beschluß:

„Der Vergütungsanspruch des Scharfrichters an den Staat kann weder abgetreten noch geplündert werden.“

Die beantragte Pfändung des Vergütungsanspruchs des Scharfrichters an den Staat ist unzulässig. Er erhält als Vergütung für seine Tätigkeit monatlich 125 Mark, die durch die Aufwendungen für Piefierung, Aufstellung und Abnähmung des gesamten zur Vollstreckung notwendigen Werkzeuges abgegolten werden. Für jede einzelne Vollstreckungshandlung erhält er außerdem eine Sondervergütung von 50 Reichsmark für sich selbst und von 50 RM für jeden seiner Gehilfen, ferner die Anlagen für den Transport der Richtwerkzeuge erstattet. Diese Geldleistungen des Staates an den Scharfrichter können nicht auf eine Stufe mit sonstigen Geldleistungen an Anestellte oder durch Vertrag zu Dienstleistungen verpflichtete Personen gestellt werden. Der Scharfrichter wirkt bei der Ausübung desjenigen Hoheitsaktes des Staates hervorragend mit, der nach außen hin den nachhaltigsten Eindruck macht. Der Scharfrichter soll durch die Geldleistungen des Staates in einer Weise ab-

Deutschlands herrschende Klasse



Ministerpräsident Göring auf dem Presseball. — Er spendet von seinem Hunderttausend-Mark-Einkommen einige Scheine für das Winterhilfswerk. Vor einigen Jahren war er noch bettelarm. Er ist einer der Konjunkturgewinner der sogenannten Revolution und jetzt Vertrauensmann des Hochkapitalismus.

Bild oben rechts: Von rechts nach links: Ministerpräsident Göring, der Führer, Reichswehrminister von Blomberg, Vizekanzler von Papen, Major Freiherr von Waldenfels, der Führer der deutschen Keltler.

Bild unten rechts: Die deutschen Sieger auf dem internationalen Reitturnier.



Deutschlands Kriegsstoff-Lager wachsen

Während die deutsche Ausfuhr trotz aller Dumping-Maßnahmen in jedem einzelnen Monat hinter derjenigen des gleichen Zeitraumes im vergangenen Jahre sehr stark zurückbleibt, während man sich in Deutschland selbst auch an den am meisten gleichgeschalteten Stellen der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik darüber klar ist, daß bei allen Anstrengungen die Ausfuhrwerte der letzten Vorjahre nicht mehr so bald erreicht werden können, steigt die deutsche Rohstoffzufuhr ständig in ganz enormen Ausmaßen. Da die Exportindustrien diese riesigen Rohstoffmengen nicht in umgearbeiteter Form als Fertigware auszuführen vermögen, stellt diese ständig zunehmende Anhäufung immer größerer Rohstoff-Läger gewaltige Ansprüche finanzieller Natur an das Wirtschaftsleben des „dritten Reiches“. Finanziert wird diese gewaltige Einfuhr von Materialien, die man erst später im geeigneten Zeitpunkte zu Kriegszwecken verwerten will, und auch heute nur höchstens teilweise in Rüstungsmaterial umarbeitet, auf zwei Wegen: Erstens durch die zahlenmäßig eindeutig nachgewiesene Ausgabenbeschränkung am Sozialetat, die man in der neudeutschen Ausdrucksweise gelegentlich auch als „Arbeitsbeschaffung“ bezeichnet, zweitens mit dem Gelde der ausländischen Gläubiger, das man diesen vorenthält, zumal es auf diese Weise am leichtesten möglich bleibt, in der Form des Sperrmark-Dumpings wenigstens das jegige Minimum des Exportes aufrecht zu erhalten.

Der Gegensatz zwischen der ständigen Schrumpfung der Fertigwarenausfuhr Hitler-Deutschlands auf der einen und der enormen Erhöhung der Rohstoff-Importe auf der anderen Seite spricht eine deutlichere Sprache zum Kapitel der Friedensliebe der jetzigen Berliner Regierung, als alle weitschweifigen Proklamationen, als alle Reichstagswahlen und die mehr oder minder geglühten Verhandlungsversuche.

Um die ganze Bedeutung dieser Ziffern der deutschen Rohstoffzufuhr zu erfassen, ist es nicht nur nötig, die Export-schrumpfung zu berücksichtigen, sondern man muß auch bedenken, daß Deutschland heute nicht gerade leicht Kredite bekommt und daß die Rohstoffpreise an den Weltmärkten auf vielen Gebieten sehr erheblich angezogen sind, so daß die Rohstoffbeschaffung anderer Industrieländer, die Materialien wirklich zur baldigen Weiterverarbeitung benötigen, aufs äußerste erschweren. Wie wenig diese internationalen Preissteigerungen der für die Kriegsindustrie wichtigen Rohstoffe die immer wieder betonte Devisennot und die nicht wegzuleugnende Tatsache der Exportschrumpfung Deutschland daran gehindert haben, eine Vorversorgung in Rohstoffen durchzuführen, die sich heute so bald kein anderes Industrieland gestatten kann, mögen folgende Ziffern zeigen, die der gleichgeschalteten Statistik entnommen sind, also ganz gewiß zum mindesten keine größere Einfuhr vorpiegeln dürften, als sie tatsächlich erfolgte:

Mengenmäßige Einfuhr Deutschlands an wichtigsten Rohstoffen

	1930	1931	1932	1933
Januar bis Oktober in Mill. dz.				
Baumwolle	3,45	2,86	3,35	3,96
Wolle	1,63	1,61	1,42	1,66
Eisenerze	122,42	63,41	28,07	37,98
Kupfer	1,7	1,63	1,39	1,68
Bau- und Nutzholz	30,12	14,25	9,42	10,29
Holz zu Holzmasse	18,7	12,24	9,26	20,73
Stab- und Formeisen	4,38	2,88	2,36	3,32

Das bedeutet eine Steigerung der für die Kriegs-Textil-Wirtschaft so ungeheuer wichtigen Baumwollzufuhr von

18 Prozent gegenüber 1932 und eine Steigerung von nahezu 35 Prozent gegenüber 1931.

Die Wollimporte haben sich im Vergleich zum Vorjahre um 17 Prozent erhöht. Bei der Eisenerz-Einfuhr konnte man sich eine Steigerung von 35 Prozent, bei dem für die Rüstungsindustrie ebenfalls äußerst wichtigen Kupfer, dessen Inlandsproduktion übrigens gleichfalls erheblich ausgebaut wurde, eine solche um 20 Prozent gestatten. Nicht geringer als 40prozentig ist die Einfuhrsteigerung bei Stab- und Formeisen. Die Papierholzeinfuhr aber — auf die Bedeutung der Zellulose für die Sprengstoff-Fabrikation ist schon oft genug hingewiesen worden — hat sich sogar um 120 Prozent im Vergleich mit 1932 und um 80 Prozent gegenüber 1931 erhöht. Auch die Devisenkontingentierungen haben diesen Prozeß kaum beeinträchtigt, denn in einem Artikel, wo sie von kaum überbietbarer Schärfe sind, wie bei Wolle, hat man bereits wieder einen Einfuhrstand wie im Jahre 1931 erreicht, obwohl die Finanzierung gerade hier besonders schwierig gewesen sein dürfte, weil Wolle an den Weltmärkten ganz gewaltige Preissteigerungen erfahren hat. Bei der Papierholzeinfuhr, über die man in den amtlichen Publikationen des „dritten Reiches“ aus naheliegenden Gründen ebenso ungern spricht, wie über das vollständige Aufhören der Zuckerexporte, muß man immerhin zugeben, daß die Holzlager bei den Papierfabriken so geschrumpft sind, daß infolge der Belegung der Papiererzeugung seit 1932 nicht nur der gesamte deutsche Papierholzanfall aufgenommen, sondern auch eine so erhebliche Einfuhrsteigerung notwendig wurde. („Frankfurter Zeitung“ Nr. 864 vom 13. 12. 1933.) Daß der weitaus größte Teil der deutschen Papierindustrie im Zusammenhange mit der Gleichschaltung der Presse stillliegt und daß Auslandsgeschäfte seit mindestens einem halben Jahr trotz der größten Anstrengungen so gut wie überhaupt nicht mehr getätigt werden, während die skandinavische Papierindustrie auf lange Zeit hinaus ausverkauft ist, wird hierbei natürlich nicht berücksichtigt, denn irgendeinen Grund muß ja diese riesenhafte Auffüllung der deutschen Zellulose-Läger schließlich der Form wegen haben.

Wenn trotz dieser gewaltigen Vorversorgung mit Rohstoffen der deutsche Gesamt-Import in den einzelnen Monaten keinen so großen Kontrast zur Exportschrumpfung darstellt, wie man es eigentlich erwarten müßte, so ist hieran vor allem das fast völlige Versickern der deutschen Lebensmitteleinfuhr aus dem Auslande schuld, die wieder die sogenannte „Rettung des deutschen Bauern“ durch das Auftürmen eines immer unsinniger anmutenden Preisniveaus für die einfachsten Lebensmittel des inländischen Massenkonsums ermöglicht.

Der Entzug der Unterstüpfungen, die Nichtzahlung der Schulden an die Auslandsgläubiger, mit anderen Worten also der genau überlegte Raubzug gegen die Lebenshaltung der arbeitenden Schichten und des Mittelstandes in Deutschland und gegen die Sparer im Auslande, ermöglichen dem „dritten Reich“ die Beseitigung aller Finanzierungsorgen beim Aufstapeln von Rohstofflagern für den kommenden Krieg, das sonst in diesem Ausmaße für Deutschland niemals durchführbar wäre. Die Schlußfolgerungen aus diesen Tatsachen sollen im vorliegenden Aufsatz nicht gezogen werden. Er behandelt wirtschaftliche Fragen mit nüchternen wirtschaftlichen Maßstäben. Die Folgerungen gehören in das Gebiet der Politik. Aber das Tatsachenbild ist eindeutig: Deutschland wird zu einem gewaltigen Rohstoff-Arsenal. Jan Severin.

Zum Brechen

Der verhinderte Brecher der Zinsknechtschaft

In Gleiwitz ließ sich Staatssekretär Feder also vernehmen:

„Brechung der Zinsknechtschaft sei die Voraussetzung für den Wiederaufstieg der Wirtschaft überhaupt. Diese Frage sei sehr schwierig und könne nur auf Grund einer Gesamtplanung gelöst werden. Wenn wir nicht mehr vier Millionen Arbeitslose haben, dann wird man auch daran gehen, der deutschen Wirtschaft eine neue Form zu geben, die Form der ständischen Wirtschaft. Die Regierung wird der Wirtschaft gern die freie Willensbestimmung zurückgeben im Rahmen der ständischen Ordnung, die sich aufbaut auf dem Grundsatz: Gemeinnutz geht vor Eigennutz.“

Aussichten gut...

aber Geschäft schlecht

Ueber die Werkzeugindustrie des Remscheider Bezirks wird berichtet:

Die Aussichten werden für die Zukunft hoffnungsvoll beurteilt, und es ist bemerkenswert, daß die Käufer in zunehmendem Maße wieder Qualitätswerkzeuge bevorzugen. Die Absatzverhältnisse auf den Auslandsmärkten sind zwar schwierig geblieben, eine weitere Verschlechterung ist aber nicht eingetreten. Mengemäßig lag die deutsche Werkzeugausfuhr im Jahre 1933 über der von 1932, dagegen waren die wertmäßigen Ergebnisse ungünstiger. Die gesamte deutsche Werkzeugausfuhr belief sich im Jahre 1933 auf 45,3 Mill. RM., dagegen im Jahre 1932 auf 48,6 Mill. RM. In der Schloß-, Bau- und Möbelbeschlagindustrie im Nieder- und Mittelbergischen ist ein gewisser saisonmäßiger Rückgang im Auftragseingang eingetreten, wodurch verschiedentlich einige Einschränkungen im Beschäftigungsumfang erforderlich wurden.

Freude am Werk

Durch 3000 Entlassungen

In der AEG., Berlin, sind Massenentlassungen vorgenommen worden, nicht weniger als 3000 Arbeiter wurden aufs Pflaster gesetzt. Gleichzeitig stellte die Firma einen fast 1500 Meter langen Tonfilm her, der sich „Freude am Werk“ betitelt, eine Spielhandlung enthält und in den Werkanlagen der AEG. gedreht wurde. — Den können sich die entlassenen Arbeiter zum Trost ansehen.

Die Lufthansa

(Inpreß.) Die Deutsche Lufthansa konstatiert in ihrem Jahresbericht für 1933 eine „erhebliche Erneuerung des Flugzeugparks“. Die Fahrtgeschwindigkeit, wird berichtet, die bisher durchschnittlich 170 Kilometer pro Stunde betrug, ließ sich infolgedessen auf 230 Kilometer erhöhen. Vom Typ „Ju 52“, dem großen dreimotorigen Junkersflugzeug, das bei einer fahrplanmäßigen Geschwindigkeit von 250 Kilometer 15 Passagiere aufnehmen kann, wurden zwölf Stück in Dienst gestellt. Für das Jahr 1934 wurden weitere 24 Stück von diesem Typ in Auftrag gegeben, — von einem Typ, der einem Typ schwerer Bombenflugzeuge verzeifelt ähnlich sieht. Und neben „Ju 50“, das mit 8 Mann Besatzung 250 Kilometer pro Stunde zurücklegt, wurde als Clou des Jahres das „Blißflugzeug“ Heinkel H E 70 in den Betrieb der Luft-hansa genommen, Spezialapparate für große Strecken, 300 Kilometer Durchschnitt pro Stunde, mit 6 Mann Besatzung.

Trotz Millionen Uniformen und Festanzügen kein beträchtlicher Aufschwung

Ueber die Lage der deutschen Textilindustrie berichten folgende Zahlen:

	1930	1931	1932	1933
Prod. Index (1928 = 100)	90,0	87,7	80,0	90,3
Geleist. Arb.-Stunden i. v. H.	65,6	56,5	50,4	55,2
Tägl. Arbeitszeit in Stunden	7,18	6,98	6,83	7,06
Monatl. Einfuhr v. Rohstoffen, 1000 t	67,2	61,1	64,5	74,0
Preise für Rohstoffe und Halbwaren (1930 = 100)	105,5	76,3	62,6	65,0

Einfuhr von Getreide und Oel

Eine Gruppe deutscher Industrieller hat mit einer rumänisch-deutschen Gruppe unter Billigung und Hilfe der Reichsregierung einen Vertrag geschlossen, demzufolge die rumänische Gruppe Halbfabrikate, Maschinen usw. kauft, wofür die Reichsregierung für 12,5 Millionen Mark Getreide und pflanzliche Oele von Rumänien abnimmt. Die Reichsbank hat sich prinzipiell bereit erklärt, den Betrag von 12,5 Millionen Mark in Markdevisen der rumänischen Nationalbank zur freien Verfügung zu stellen.

Hamburgs Passagierverlust

Im Westwärtsverkehr hatten im Jahre 1933 Hamburg-Amerika-Linie 18 768 und Norddeutscher Lloyd 39 129 Passagiere. Die Zahlen der in der Kabinenklasse beförderten Passagiere sanken verhältnismäßig wenig auf 23 861 (26 331). Die 1. Klasse dagegen erfuhr einen stärkeren Rückgang auf 29 834 (38 080). Der gesamte Hamburger Passagierverkehr war 1933 mit 95 906 um 4,7 Prozent geringer als i. V. mit 100 589 (1931: 111 849).

Berufskleidung im Gaststättengewerbe

Auf Grund der Vereinbarungen zwischen dem Deutschen Arbeitervereinband des Nahrungsmittelgewerbes und dem Reichseinheitsverband des deutschen Gaststättengewerbes wird in dem Bezirk Rheinpfalz eine Einheitskleidung für Kellner eingeführt. Als Termin zur endgültigen Einführung des Einheitsanzuges wird der 1. Mai 1934 festgesetzt. In Großhotels soll die Einführung dieser Kleidung nur mit dem Einverständnis des Geschäftsinhabers erfolgen. — Item: in den erstklassigen Hotels bleibt es wohl beim Frack.

Wie die kleinen Geschäftsleute „opfern“ müssen

Aus dem Reiche wird uns geschrieben:

Zu den begeistertsten und treuesten Anhängern Hitlers gehörten die kleinen Geschäftsleute. Hitler war der Retter, der den Mittelstand vor dem Untergang bewahren wollte. Er würde mit den Warenhäusern, den Banken, den Einheitspreisgeschäften, die alle den Kleinen jede Lebensmöglichkeit nehmen, kurzen Prozeß machen.

Ein Jahr ist schon vergangen, aber statt des versprochenen goldenen Zeitalters wird der Strick um den Hals der Kleinen immer enger gezogen. Statt des Aufschwungs schrumpft der Absatz, und statt der erwarteten Geschenke müssen die Kleinen spenden, immer wieder spenden.

Erst gab der kleine Geschäftsmann aus Begeisterung. Man konnte eine Dauerplakette erwerben. Auf ihr steht auf weißem Feld der Kochtopf, von roten Flammen umzingelt, mit der Aufschrift in blauer Umrandung: „Wir helfen im Kampf gegen Hunger und Kälte.“ Oder man erwarb die Monatsplakette. Auf diese Weise hatte man seine Pflicht getan, und löste jede weitere Hilfe spende ab. So versicherten die nationalsozialistischen Organisationen.

Kaum aber hatte man seine Gabe geopfert, kamen immer neue Rufe an das gute und nationale Herz des kleinen Mannes.

Da gab es Eintopf-sammlungen und Pfundsammlungen, Lose und immer neue Abzeichen. Es war natürlich eine freiwillige Pflichterfüllung zu opfern.

Dann erschienen SA-Leute bei dem kleinen Ladeninhaber und wollten wissen, wieviel Brote, wieviel Konserven, Strümpfe, Hemden usw. er zu stiften bereit sei. (Solch nützliche Geschenke erhält natürlich die hilfbedürftige SA.)

Der kleine Geschäftsmann beginnt, genug zu haben. Hatte er nicht schon wiederholt seine Winterhilfe-Spende abgelöst.

Aber es handelt sich ja um die nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Die sei wieder etwas ganz anderes. Sie zu unterstützen sei die Pflicht eines jeden echten Nationalsozialisten.

Der kleine Geschäftsmann ist schon längst nicht mehr überzeugt, daß ihn der Nationalsozialismus retten wird. Aber er darf nichts sagen, er muß geben. Sonst wird ihm die Pistole auf die Brust gesetzt. Er solle eine Quittung darüber ausstellen, daß er nichts spendet.

Eine Quittung?

Jawohl! Jede Gabe sei selbstverständlich freiwillig, aber

wenn einer nicht geben will oder kann, muß er das schriftlich bestätigen. Und es ist selbstverständliche Pflicht der nationalsozialistischen Kunden, jene Geschäftsleute, die größere Opferbereitschaft beweisen, zu unterstützen.

Glaubt der Geschäftsmann, jetzt gehts nimmer weiter, bieten ihm SA-Werber Hitler- und Göring-Bilder an, kommen Zeitungserwerber und gehen nicht so bald wieder. „Sind Sie schon auf den „Völkischen Beobachter“ abonniert? Oder auf die „Braune Post“, den „Illustrierten Beobachter“ usw.“

„Ich kann mir keine Zeitung mehr halten, mein Einkommen wird immer geringer. Der Umsatz schrumpft ein.“ „Aha, Sie lesen sicher die reaktionäre oder die Judenpresse.“

Der kleine Ladeninhaber oder seine Frau bekommen einen Schreck. Haben Sie vielleicht zuviel gesagt? Und nachdem eine ungeheure Wortflut über sie ergeht, haben sie sich, ohne sich dessen zu versehen, verpflichtet, auf ein Jahr irgendeine Zeitung, die sie nicht haben wollten, zu abonnieren.

Jetzt aber geht es dem kleinen Geschäftsmann schon so schlecht, daß er kaum etwas zu verlieren hat. Er beginnt sich zu wehren. Warum wendet man sich bei den Sammlungen nicht an jene, die viel haben? Die Warenhäuser, die Banken, die Einheitspreisgeschäfte existieren ja immer noch.

Die SA. kann die Monatsplakette des WHW. nicht mehr los werden. Während im November fast jedes Geschäft, besonders in den Großstädten, mit diesem Abzeichen geschmückt war, sieht man im Januar kaum noch welche.

Betrifft jetzt ein Sammler den Laden, beginnt der kleine Geschäftsmann zu jammern und zu klagen. Ja, die SA-Leute müssen sogar offene Anfeindungen über sich ergehen lassen. Mit Anzeigen drohen sie schon jetzt viel weniger, da sie selbst unzufrieden sind, sie wollen schon gar nicht mehr sammeln gehen.

Die Bezirksführung Köln des WHW. sah sich deshalb genötigt, amtlich zu erklären:

„Die Waschweiberkritik des ewigen Nörglers soll uns nicht der Pflicht entbinden, unsere Schaffenskraft und Opferbereitschaft Tag für Tag in den Dienst des Volkes zu stellen.“

Diese ewigen Nörgler mit ihrer Waschweiberkritik sind die einstigen Anhänger der Nazis.

Antiklerikaler „Vernichtungskampf“ Gegen die konfessionelle Jugendbewegung

Aus Köln wird uns geschrieben:
Die Erbitterung, mit der zwischen der Hitlerjugend und den katholischen Geistlichen um die katholische Jugend gerungen wird — dies ist beinahe körperlich zu nehmen —, ist unbeschreiblich. Nie haben sich Geistliche so von Hitlerjugend aufgelegt lassen wie jetzt von Hitlerjungen und Hitlermädchen. Es ist wohl nur ganz selten vorgekommen, daß Kommunisten Priester auf der Straße verhöhnt haben, jetzt ist das nicht ganz vereinzelt durch Hitlerjugend geschehen. Am Sonntag vor acht Tagen haben Hitlerjungen eine Kirche und das Pfarrhaus umstellt, weil sie behaupteten, einer von ihnen würde gefangen gehalten. Die katholische Geistlichkeit hat von allen Kanzeln Kölns eine Erklärung gegen die verlogene Berichterstattung des „Westdeutschen Beobachters“ erlassen. Diesen außergewöhnlichen Weg haben die Geistlichen wählen müssen, weil keine katholische Zeitung in deutschen Rom wagt, die Interessen der katholischen Jugendvereine und ihrer Präsides wahrzunehmen. So weit ist es im deutschen Rom gekommen, dem Sitz eines Kardinal-erzbischofs mit einem katholischen Polizeipräsidenten und einem katholischen Regierungspräsidenten.

In der Rundgebung der katholischen Geistlichen wird gesagt, an vier oder fünf katholischen Kirchen sei am vergangenen Sonntag katholische Jugend von Hitlerjugend herausgefordert und tödlich mißhandelt worden.

Am letzten Sonntag hat unter viel Zulauf eine Rundgebung der Hitlerjugend auf dem Neumarkt stattgefunden. Dort wurde der Befehl erteilt, die Zerschlagung der konfessionellen Jugendvereine bis zur Vernichtung als Aufgabe des nächsten Kampfabchnittes zu stellen. Wörtlich schreibt der „Westdeutsche Beobachter“:

„So werden die nächsten Wochen und Monate im Zeichen des Kampfes um den letzten deutschen Jungen, um das letzte deutsche Mädchen in den anderen Verbänden stehen. Das Ziel ist und kann nur sein: die Vernichtung der andern als nicht nationalsozialistische Jugendorganisationen und ihre Ueberführung in die NS.“

Als besonders furchtbares Verbrechen wird in dem nationalsozialistischen Blatte mitgeteilt:

Wieweit die konfessionellen Verbände und ihre Führer zu gehen aber entschlossen sind, zeigt eine nun im Besitz der NS befindliche Fahne einer katholischen Jugendorganisation, bei der festgestellt wurde, daß sich unter den weißen Feldern nach Abtrennen dieser Dornstreifen gelbe Stoffbahnen befanden und damit aus ehemals schwarzer rotgoldener Abzeichen nun durch Aufnähen einfach schwarzweitere gemacht worden sind. Vielleicht hofft man aber drüben auf der andern Seite in Bälde womöglich durch Entfernen der weißen Aufnäher den alten Zustand schwarzgoldener Herrlichkeit wieder begründen zu können? So steigen die Dämme heute. Daher muß nunmehr der Kampf mit verstärkter Tatkraft gegen die konfessionellen Verbände geführt werden mit dem ausschließlichen Ziel ihrer Beseitigung.

Katholische Freunde, mit denen ich aus früherer Reichsbannerkameradschaft gesprochen habe, baten mich, an Sie zu schreiben, damit im Saargebiet die wüsten Katholikenverfolgungen bekannt werden und die saarländischen Katholiken sich rechtzeitig schützen gegen den Terror, der sofort nach der Rückgliederung eintreten muß. Die Nazi können nicht anders als Andersdenkende niederzutreten, denn zu einer geistigen Auseinandersetzung fehlen alle Voraussetzungen.

Krawalle!

Eine weitere Zuschrift aus katholischen Kreisen lautet:
In Kagen kam es in der vergangenen Woche an verschiedenen Punkten der Stadt zu Schlägereien, so daß schließlich das Ueberfallkommando einrücken mußte. Gräueltätige Schlägereien spielten sich zwischen der Deutschen Jugendkraft sowie dem katholischen Jungvolk einerseits und der Hitlerjugend andererseits auf dem Pindensplatz und Bergdriesch ab. An der Ecke Elisabethstraße/Dartmannstraße wurde ein Mitglied des Jungvolks von einer Abteilung der Hitlerjugend überfallen und schwer mißhandelt. Die Strakenpassanten wurden mit Speeren bedroht und gezwungen, die Straße zu räumen. In der von dem kommissarischen Leiter am Freitag, dem 20. Januar, im Lokale Wilden einberufenen Versammlung der aufgelösten Deutschen Jugendkraft ist kein einziges Mitglied erschienen.

Dieselben Gründe haben am Sonntag in Köln zu Krawallen geführt. Ein Aufmarsch des katholischen Neuen Deutschland wurde wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Ordnung verboten. Trotzdem marschierten die vorgenannten Organisationen singend und mit entrosteten Fahnen durch die Stadt. Es kam dann an verschiedenen Punkten der Stadt zu Zusammenstößen mit der Hitlerjugend. Nachdem bekannt wurde, daß die Hitlerjugend die Pfarrei St. Agnes besetzt hätte, konzentrierten sich die katholischen Jugendorganisationen dorthin. Die Hitlerjugend wurde durchdringend hinausgeprügelt und kam sehr stark ins Gedränge. Aus diesem Grunde griff schließlich das Ueberfallkommando ein, welches hier wie an allen Orten sehr schnell zur Stelle ist, wenn es den Hitlertrabanten an den Kraßen geht, und nur dann nicht zu finden ist, wenn andere Menschen auf offener Straße mißhandelt werden. Eine Menge Verhaftungen wurden vorgenommen.

Ueberall Verbote!

Auch in Eisenburg hat jetzt die Ortspolizeibehörde mit sofortiger Wirkung alle Veranstaltungen der konfessionellen Jugendorganisationen bis auf weiteres verboten. Gleichzeitig ist bis auf weiteres das Tragen von Uniformen oder Anst jeder Art sowie von Abzeichen für die reisenden Organisationen untersagt.

Die Staatspolizei für den Regierungsbezirk Künster hat für den Bereich des ganzen Regierungsbezirks den konfessionellen Jugendverbänden das Tragen von Uniformen oder uniformähnlicher Kleidung sowie das geschlossene öffentliche Auftreten mit Wimpeln und Fahnen untersagt. Zum Tragen von Uniformen sind nur die Organisationen der NSDAP. berechtigt.

Die unbeliebte „Winterhilfe“

Oeffentliche Warnung — „Freiwillige“ Sammlung

Wir haben jüngst eine Zuschrift aus Berlin veröffentlicht, die Korruptionserscheinungen im „Winterhilfswerk“ nachwies. Aus der Pfalz wird uns nun ein Rundschreiben zugestellt, das deutlich die allgemeine Unzufriedenheit mit der Partibettelerei offenbart:

Volwagnossen!

In letzter Zeit haben wir bei der Sammelstätigkeit zum Winterhilfswerk und zur Volkssozialistischen Selbsthilfe beobachten müssen, daß einzelne Volksgenossen versuchen, gegen die von der Reichsregierung und von unserm Gauleiter Bärkel für den Kampf gegen Hunger und Kälte geschaffenen Wohlfahrtsanstalten offen und versteckt zu arbeiten.

Es ist selbstverständlich, daß jeder deutsche Volksgenosse je nach Möglichkeit zu diesem Hilfswerk für notleidende Volksgenossen beisteuern muß. Keiner aber ist gezwungen, mehr zu geben, als es seine wirtschaftlichen Verhältnisse erlauben. Wir verlangen nur, daß jeder Volksgenosse sich als Glied der großen Deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft betrachtet und je nach seinen Kräften mitbist, die Not des Winters zu überwinden.

Gauleiter Bärkel gab in seinem Aufrufe feinerzeit die Parole bekannt: Gebe jeder so viel, als er geben kann und so viel, als ihm der notleidende Volksgenosse wert ist.“

Es ist selbstverständlich Ehrenpflicht eines jeden Volksgenossen, daß er die wöchentlichen und monatlichen Spenden, für die er sich im Herbst v. J. verpflichtet hat, unter allen Umständen bis zur Beendigung des Hilfswerkes nach Ablauf der Wintermonate, möglichst in voller Höhe weiter gibt. Wer aber in gemeinsamen Kampfe gegen Hunger und Kälte treulos die Fahne verläßt, ist ein Verräter an der deutschen Volksgemeinschaft.

In der Mehrzahl sind es die sogenannten „Vertisch-Politiker“ und „Wirtschafts-Strategen“, die an der Organisation des Winterhilfswerkes der Gemeinde Pommern häufig zu scheitern und zu Irrtümern haben und denen es niemand recht machen kann. Betrachtet man sich diese „Volksgenossen“ näher und schaut sich hernach die Sammelstätten an, so kann man die Bestimmung machen, daß das große Getöse dieser „Heldentatler“ im umgekehrten Verhältnis zu ihren Leistungen steht.

Auch diejenigen Volksgenossen die deswegen verdächtig sind, weil sie nicht leben können, daß der bedürftige Nachbar ein Paar Schuhe, ein Hemd oder einen Zentner Kohlen vom Winterhilfswerk mehr bekommen hat als sie selber, müssen hier genannt werden. Wer nur sein eigenes „Ich“ kennt, und seinem notleidenden Mitmenschen nicht die kleine Dose aus dem Winterhilfswerk gönnt, ist ein kalter herzloser Egoist. Daß es auch solche Volksgenossen gibt, die selber aus dem Winterhilfswerk ziemlich reichlich bedacht wurden und

dann, als sie auch einmal zur Sammelstätigkeit antreten sollten, sich zu drücken versuchen, sei hier nebenbei erwähnt. Für diesmal wollen wir uns mit Andeutungen begnügen.

Sollten diese Fälle wieder vorkommen, werden wir Namen nennen.

An die Betriebsobmänner der NSDAP, in den Pommberger Betrieben ergeht die letzte Mahnung, dafür zu sorgen, daß eine reibungslose Ablieferung der Beträge durch die Sammelobmänner gewährleistet ist. Auch hier wurde die Beobachtung gemacht, daß sich einzelne Volksgenossen von ihren Spendenverpflichtungen drücken wollten.

In Schluß richten wir noch an die mit der Sammelstätigkeit betrauten Volksgenossen die ernste Mahnung, weiterhin ihre Pflicht zu tun und in ihrem Eifer nicht nachzulassen; ihr Amt ist ein Ehrenamt und ihre Arbeit ist uneigennützigster Dienst an der Volksgemeinschaft.

Wir warnen alle, die noch weiterhin den Versuch machen sollten, gegen das Winterhilfswerk der Reichsregierung und gegen die Volkssozialistische Selbsthilfe unseres Gauleiters zu arbeiten. Wir werden künftig diese Sorte von „Volksgenossen“, als Schädlinge an der Volksgemeinschaft, rücksichtslos an den Pranger stellen.

NSDAP, Ortsgruppe Pommern.

Heil Hitler!

Ortsleiter des Winterhilfswerkes.

Das deutsche Winterhilfswerk gibt an Arbeitslose, die nicht „staatsfeindlich“ eingestellt sind, Lebensmittelgutscheine aus; diese Gutscheine werden von den Lebensmittelhändlern als Bezahlung angenommen und der „Reichsführung“ des Winterhilfswerkes verrechnet. Nun veröffentlicht die gleichgeschaltete „Völkische Zeitung“ folgenden Aufruf:

Um der besonderen Anteilnahme des mittelständischen Einzelhandels mit seiner Verbundenheit mit dem Gedanken, der nationalsozialistischen Bewegung Ausdruck zu verleihen, hat die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels alle Lebensmittelhändler aufgefordert, „freiwillig“ eine Anzahl der Lebensmittelgutscheine mit dem Vermerk „ungültig“ zu versehen und als Sonderpende an die Reichsführung des Winterhilfswerkes des deutschen Volkes 1933/34, Finanzabteilung, Berlin NW, Reichstag, direkt einzusenden.

Das Wort „freiwillig“ wurde nicht von uns, sondern von den Verfassern des Aufrufes unter Anführungszeichen gesetzt; die Lebensmittelhändler wissen, was das bedeutet. Ohne die Anführungszeichen könnten sie am Ende glauben, es handle sich wirklich um eine freiwillige Spende und der Verzicht auf Einlösung der Gutscheine hänge von ihrem freien Willen und von ihrer

AGENCE LIBERTÉ

2, petite rue d'Austerlitz
STRASBOURG

Generalvertretung der

„Deutsche Freiheit“

für Elsass-Lothringen

Annahme von Abonnements und Inseraten:
LIBRAIRIE POPULAIRE, 2, rue Sédillot Strasbourg
(Hinter der Börse)

ABONNEMENTS VERBER in allen Orten des BAS-RHIN und HAUT-RHIN sofort gesucht.

Leistungsfähigkeit ab; die Anführungszeichen aber be-
lehren sie nachdrücklich, daß sie auf die Einlösung der Gutscheine so „freiwillig“ verzichten müssen wie die Insassen der deutschen Konzentrationslager „freiwillig“ für Hitler gestimmt haben und die selbstgemordeten Proletarier „freiwillig“ aus dem Leben gegangen sind. Die Freiheit des deutschen Menschen im „dritten Reich“ wird durch nichts anschaulicher illustriert als durch das unter Anführungszeichen gesetzte Wort „freiwillig“.

Ausbeuter und Maschinenstürmer

Deutschlands Wirtschaftsaussichten

In „Technik und Wirtschaft“ III untersucht Dr. Otto Bredt die Aussichten des deutschen Exports. Seine Darlegungen sind nicht eben optimistisch; er ist nämlich ungenug, das Problem der deutschen Ausfuhr losgelöst von den Welchen Schicksal zu sehen, der die Ausländer zu deutschen Einfäusen zwingt. Wenn einmal die Auslandsverpflichtungen Deutschlands geregelt sind, dann beginnt erst das Problem in Wirklichkeit. Dann wird Deutschland nicht nur ganz allgemein importieren müssen, um exportieren zu können, ganz gleich, ob der Handels- und Zahlungsverkehr mit einem einzelnen Land nun einen Ueberschuß oder Reicht-
betrag bringt. Vielmehr wird, wie bereits an vielen Stellen die derzeitige Entwicklung zeigt, jedes Land der Welt in Zukunft im internationalen (Welt-) und Güterverkehr den Gegenstand (Export — Import seiner Erzeugnisse) für seine Dienste (Import — Export der Erzeugnisse des anderen Volkes) verlangen und damit den Ausgleich der Handels- und Zahlungsbilanz von Volk zu Volk. Aber diese liberale Betrachtung — soweit sie die Nazi mit dem Antiarbeiterrede gekommen — wird noch übertroffen.

Bredt schließt: „Merkmale sind wie im heimischen Markt auch im internationalen Güterverkehr nicht allein Preis und Güte der ausstehenden Waren von Bedeutung, sondern vor allen Dingen auch der Kredit und damit Ansehen und Vertrauen, welche der einzelne oder das Volk auf Grund seines blühenden Handels und Verkehrs genießt. Hier in diesen materiell oft nicht faßbaren, trotzdem aber stets zu spürenden inneren Bindungen von Mensch zu Mensch und von Volk zu Volk liegt die beste Gewähr, sich die Welt als Feld für die Vermehrung und Verbesserung des eigenen Leistungsvertrages zu erschließen. Hier liegt weit- und volkswirtschaftlich gesehen auch der Schwerpunkt jeder zukünftigen deutschen Auslands- und Außenhandelspolitik.“

Diese Sätze bedeuten die offene Rückkehr zum liberalistisch-sozialistischen Denken; wir waren ja immer der Meinung, daß die Nazi eine Kombination von Ausbeutern und Maschinenstürmern sind. Die Ausbeuter behalten sich immer offener zu deklarieren; die Maschinenstürmer haben die Geschichte des Sozialismus, vom Maschinenstürmer zum Klassenkämpfer, am eigenen Leib zu erleben. Sie sind mitten im Kurios.

Die „Deutsche Freiheit“

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

muß man regelmäßig lesen

Bestellschein

Ich ersuche um regelmäßige Zusendung der „Deutschen Freiheit“

Name:

Strasse:

Ort:

....., den

Unterschrift

Verlag der „Deutschen Freiheit“

Saarbrücken 3 · Schützenstraße 5 · Postschließfach 776

Aus Savanna wird gemeldet:
3000 Studenten, die gegen die Abschaffung der Todesstrafe demonstriert hatten, stehen nach der Rundgebung mit Polizeikräften zusammen. Die Polizeibeamten mochten von der Schwärme Gebrauch. Acht Studenten und 1500 Polizisten wurden verletzt, ein Unbeteiligter wurde von einer verirrten Kugel getötet.

Eine Filmkulisse fällt um

Es war kaum ein O-du-mein-Wien-Film denkbar ohne einige Szenen beim Heurigen in Grinzing. Daß es eine Kulisse war, aufgebaut im Glashause des Filmateliers, berankt mit künstlichem Weinlaub, beschienen vom Mondlicht der Jupiterlampen — das tat der berechneten Wirkung keinen Abbruch. Und wer nach Wien kam, fuhr bestimmt auch eines Abends nach Grinzing hinauf, suchte die Filmkulisse dort in der Wirklichkeit — und fand sie!

Das heißt: wenn Kundige ihm den richtigen Tip gegeben hatten. Denn durch das ganze, lang bergaufziehende Grinzing reiht sich beinahe lückenlos Weinschank an Weinschank. In der Ortsmitte steht ein Pfahl mit vielen Tafeln, auf denen angezeigt wird, wer im Wechsel gerade „ausgesteckt“ hat. Überall hängen die einladenden Tannenreiskränze als Schankzeichen und nachts signalisieren grüne Glühbirnen an langen, schräg über die Straße ragenden Stangen: Hier gibt's Heurigen! Manche dieser Heurigenstuben sind denkbar einfach. Der Weinbauer — so nennt man hier die Weinbauern — räumt seine Stube aus, stellt ein paar Tische und Bänke hinein und schenkt seinen Wein aus, solange der Vorrat reicht. Manchmal klimpert ein alter Mann auf einer noch älteren Zither. Die richtigen Weinbeißer sitzen stillgenießend hinter ihrem soundsovielten Viertel, denn hier ist der Wein die Hauptsache, wenn auch da und dort ein schwärmendes Pärchen sich dafür hält und in seiner Tischcke alles andre vergißt. Im engen Hof stehen Tische und Bänke unter einer Weinlaube aus krummen Stangen — ein leeres Sommergerüst; jetzt im Winter ist das kahl und kalt und die Liebe zu Wein und Mädchen betut sich in der Stube, in der es gar nicht wie im Film aussieht.

Das sind die alten, herkömmlichen Heurigenstuben, wie sie es in den Winkeln von Nußdorf und Grinzing, Heiligenstadt und Klosterneuburg und sonstwo noch gibt.

Und dann gibt es, in Abstufungen nach oben auch den Preisen nach, die anderen Wirtschaften, in denen der „Betrieb“ die Hauptsache ist, Betrieb mit Schrammelmusik und Jazzband, mit Geldschneiderei und forciertes „Stimmung“, hinter der man den Motor surren hört, der den Rummel antreibt — er wird von der Kasse aus angekurbelt. Draußen warten die Autos und die großen Gesellschaftswagen mit den Fahrt-children „Wien bei Nacht“. Die Chauffeure treten hin und her und warten, bis ihre Fahrgäste drinnen genügend „Wiener Volksleben beim Heurigen“ genossen haben.

In diesen Gaststuben sieht es genau so aus und geht es genau so zu wie in den Filmszenen „in Grinzing“ — Kulisse ist beides.

Und nun ist solch eine Kulisse umgefallen. „Der Ruckebauer“, der bekannte Grinzing Heurigenwirt, dessen Gaststätten eben wegen dieses Grinzing Betriebs berühmt waren, hat um Ausgleich gebeten. Er, der Nachfahre einer uralten Weinbauerdynastie und Repräsentant einer ganzen Familiensippe mit mehreren Geschäften dieser Aufmachung, hatte den Stimmungsbetrieb aus dem Filmatelier in seine Gasträume verpflanzt — oder haben umgekehrt die Filmregisseure ihr Kulissen-Grinzing beim Ruckebauer abgeguckt? Genau läßt sich das nicht sagen. Da nun aber das goldene Wiener Herz nicht einmal mehr im Film weiterleben vermag, da das wirkliche Wien immer tiefer in eigener und in österreichischer Not versinkt, kommt auch der Grinzing Fremdenbetrieb nicht mehr auf die hohen Kosten. Die eingessenen Weinbeißer haben sich schon seit langem aus den geräuschvollen Stimmungslokalen in die einfachen Heurigenstuben zurückgezogen. Ruckebauer geht entblößt von allem Stimmungszauber in den Ausgleich — eine Filmkulisse ist umgefallen und unbezahlte Rechnungen wirbeln hoch. Manfred.

Emigrant schreibt an Hermann G.

Von Lot Anker

Ministerpräsident Hermann Göring hat in einem neuen Erlaß die Polizeibehörden aufgefordert, in kürzester Zeit Listen aller Emigranten aufzustellen und in ihnen wenn möglich deren gegenwärtigen Aufenthaltsort (!) anzugeben.

Lieber Hermann! Dank für Deine werte Sorge um mein Wohlergehen! Kaum, daß ich von Deiner Sorge hörte, mußte ich vor Rührung in mich gehn.

Und nur schluchzend kann ich Dir dies schreiben, denn ich fühle: Hermann denkt an mir! Tat er mich aus Deutschland auch vertreiben, will er in Konnex doch mit mir bleiben und sich zeigen als ein Kavalier.

Schimpft auch Adolf weiter unversöhnlich auf das Emigrantenpack — nun, ich nehme das nicht so persönlich, denn des Kanzlers Deutsch ist halt gewöhnlich, stets holt es den Knüppel aus dem Sack.

Sind's auch emigrierte Kreaturen — Göring denkt; nun sei's des Grolls genug; drum errötend folgt er ihren Spuren, Weil sie einfach außer Landes fahren ohne Hermanns Abschiedshändedruck.

Siehst Du, Hermann, sind wir auch Marxisten, rührt uns doch Dein Sehnsuchtschrei. Endlich gibt's, was wir bis jetzt vermißten: Offizielle Emigranten-Listen. Deiner braunen Wohlfahrtspolizei.

Ganz genau willst Du von jetzt ab wissen, wie es in der Fremde uns ergeht. Ob wir heimattreu den Heil-Gruß hissen oder ob aus Greuel-Gabelbissen unser tägliches Brot besteht.

Nicht platonisch nur ist Dein Interesse, nein, Du bist für Präzision. Du bist scharf auf Namen und Adresse — — — und daher, eh' ich's vergesse: ich persönlich hab' auch Telefon!

Willst nicht mal fernmündlich mit mir fluchen?! Zwischen 2 und 4 ruf mal an bei mir! Besser noch, Du kommst mich mal besuchen. Darauf wir'n wir Emigranten scharf! — Drahte, wenn ich Dich erwarten darf!

Krause, Reichsfilmdramaturg

Reichsminister Dr. Götter hat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda die Stelle eines Reichsfilmdramaturgen geschaffen und in sie den Schriftleiter des Angriff Willi Krause berufen. Der Reichsfilmdramaturg hat die Aufgabe, die Filmindustrie in allen wichtigen Fragen der Filmherstellung zu beraten, die ihm vorzulegenden Manuskripte und Drehbücher zu prüfen und rechtzeitig zu verhindern, daß Stoffe behandelt werden, die dem Geist der Zeit zuwiderlaufen. Das Arbeitsgebiet des bisher bei der Reichsfilmkammer bestehenden dramaturgischen Büros ist damit auf den Reichsfilmdramaturgen übergegangen. Alle Manuskripte und Filmentwürfe sind daher künftig nicht mehr der Reichsfilmkammer, sondern dem Reichsfilmdramaturgen einzureichen.

Die „Vossische Zeitung“ sagt dazu: „Neue Hoffnung im Film.“ Der verlorerte, verkitschte, von Jahr zu Jahr langweiliger werdende deutsche Film soll nun von der Kritik her erneuert werden. Krause muß es schaffen.

Kam ein flotter Bursch gegangen

Die Wochenbeilage zur „Göttinger Zeitung“, betitelt „Die Frau in Heim und Beruf“ zitiert in ihrer Nummer 42 einige Sätze aus dem Buche des deutschen Philosophen Professor Ernst Bergmann „Erkenntnisgeist und Muttergeist“ folgenden Wortlauts:

„Eine auf Lebenszeit ist widernatürlich und ortschädlich. Wo sie wirklich durchgeführt wird — und beim Menschen ist dies trotz aller Gesetze glücklicherweise nicht möglich gewesen —, muß die Art verkümmern. In einem richtig gebauten Staat ist das Weib, das nicht geboren hat, unehrenhaft. Zur Begattung der vorhandenen Frauen und Mädchen finden sich willige und fleißige Männer und Jünglinge genug, und glücklicherweise genügt ein flotter Bursch für zehn bis 20 Mädchen, die den Willen zum Kind noch nicht ertötet haben, bestände nur nicht der naturwidrige Kulturwahn der monogamen Dauerehe.“

Büchereingänge

Ingenieur Paul Jansen: Der Krieg im Aether. Edition COTSE, Paris 1934. — Ingenieur Paul Jansen: Radio für alle. Jaed-Verlag, Paris. Internationale Literatur (Herausgeber internationale Vereinigung revolutionärer Schriftsteller.)

Es ist Schande für die Deutschen, daß ein Fremder sie beinträchtigen kann; und es ist noch größere Schande für sie, daß ein Fremder ihr Retter sein soll. J. G. Seume.

Keine „Barbaren“

Im Mittelpunkt der Berliner „Grünen Woche“ steht eine „Entwicklungsschau“, über die die Nazipresse schreibt: „Es soll aufgeräumt werden mit der Darstellung, als ob unsere Vorfahren kulturlose Barbaren gewesen seien. So soll die „Grüne Woche“ sozusagen zur Ehrenrettung des deutschen Bauern werden und nachweisen, daß unsere Vorfahren schon in grauer Vorzeit zuweilen eine kulturelle Höhe erreicht haben, wie fast nie wieder.“

Der Fußtritt

Ein S.A.-Stiefel spricht

Die Pressestelle der SA. der Gruppe Berlin-Brandenburg bringt in ihrer Korrespondenz einen Artikel vom Sturmführer Haffke, in dem es u. a. heißt:

„Die SA. ist im letzten Jahr ein beliebtes Thema geworden. Für uns ein viel zu beliebtes Thema, denn viel „Literatur“ davon ist von Leuten verfertigt worden, die sich lieber einen anderen „Stoff“ hätten aussuchen sollen. Denn durch diese Schreiblinge, die, wenn es anders in Deutschland gekommen wäre, wenn unser Führer am 30. Januar 1933 das Steuer nicht fest in die Hand genommen hätte, dieselben Helden gesänge auch auf die Kommune angestimmt hätten, braucht sich die SA. nicht verberrlichen zu lassen. Wir SA.-Männer verbitten es uns ganz energisch, daß man aus uns Salonhelden, die den Heldenfiguren amerikanischer Kitschfilme verdammst ähneln, machen will. So, wie gewisse Literaten unseren Kampf schildern, war er nicht. Ich behaupte, daß man 50 vom Hundert der vielen SA.-Bücher, die von geschäftstüchtigen Verlegern herausgegeben wurden, gestrost mit einem Umschlag versehen könnte: „Wie der kleine Moritz sich den Kampf um Deutschland vorstellte.“

Wenn man einige dieser Schreibselien gelesen hat, kommt man in Versuchung, sich den SA.-Mann etwa wie folgt vorzustellen: Mindestens zwei Meter groß, versehen mit der Kraft eines Boxweltmeisters, der ständig schwulstige Reden führt. Nein, so sahen die alten Kämpfer, die die Pharusaal Schlacht schlugen, nicht aus. Ähnlichen Unsinn verzapfen leider heute noch die Berichterstatter mancher Zeitungen. Meine Herren Berichterstatter, schreiben Sie nicht jedesmal, wenn Sie S.A.-Aufmärsche schildern, daß die Fahnen flatterten; schreiben Sie nicht immer vom klingenden

Spiel, sehen Sie sich lieber einmal die Gesichter der vorbeimarschierenden Männer an; schreiben Sie über die von ihnen vertretene kämpferische Weltanschauung; schildern Sie weniger das glänzende Bild, das sich Ihnen bot, schreiben Sie vielmehr davon, welches Opfer jeder einzelne der Marschierer bringen muß, um dieses Bild gestalten zu helfen; berichten Sie, daß sich die meisten der Männer ihre Uniform mühsam zusammengespart haben. Und dann erwähnen Sie nicht bei jeder Gelegenheit die Toten unserer Bewegung. Haben Sie Achtung vor denen, die fielen, benutzen Sie sie nicht, um damit Ihren Bericht zu „würzen“.

Und dann, meine Herren von den Provinzzeitungen, wenn Sie über einen SA.-Führer Ihres Bezirkes schreiben, dann tun Sie es in schlichter Form, ohne dabei auf den Schmutz der vergangenen Jahre zu verfallen. SA.-Führer lehnen es ab, in den Zeitungen ähnlich wie einst Filmgrößen beweihräuchert zu werden.“

Das ist bitter und deutlich. Wie gut dieser Haßke seine Pappenheimer kennt. Dieser Sturmführer scheint seine Erziehung in der liberalistisch-marxistischen Aera genossen zu haben und noch von ihr zu zehren, denn sonst wäre er außerstande, sich außerhalb des Sieg-Heil-Kitschs zu halten und den Wert der braunen Literatur in seiner wahren Bedeutung zu durchschauen. Seine Beobachtung, daß die jähren Heldenlieder der Kommune zu einem großen Teil mit der gleichen Andacht gedient hätten wie jetzt dem „dritten Reich“, macht unseren Haßke sogar verdächtig, im geheimen der materialistischen Geschichtsauffassung zu frönen.

Eine Jüdin erlebt das neue Deutschland

Von Lilli Körber

(Im Verlag der Buchhandlung Richard Lany in Wien)

Schauspielerinnen ist sie, aus der Provinz kommt sie nach Berlin. Man schreibt eben das Jahr 1933. Kurz vorher hat sie ihren geliebten Freund geheiratet. Christ ist er, ein lieber, blonder, gutmütiger Mensch. Sie schaffen sich ein behagliches Zuhause. Sie sind angefüllt von ihrem Beruf: er von der Arbeit, die ihm Brot und Geborgenheit gibt, sie vom Theater, das ihrem Dasein erst den Sinn schenkt... Bis die „nationale Erhebung“ beginnt.

Was ist alle äußere Gestaltung einer Handlung in diesen paar hundert Seiten? Hier geht es um einen einmaligen Menschen, den der Nationalsozialismus völlig aus der Bahn schleudert.

Eine bewußte Jüdin war sie nie, die Frau des Christen, so wie Tausende ihrer Schwestern. Ins positive Judentum kann sie nicht hineinfinden. Die Bereitschaft für Palästina, die ihrer Familie den Weg in die Zukunft weist, wird nie in ihr aufleben. Aus dem Beruf gestoßen, der ihr Lebensinhalt war, fühlt sie sich zu Recht aus der deutschen Volksgemeinschaft, die sie erfüllte, gedrängt. Plötzlich wächst, von Woche zu Woche, von Tag zu Tag unüberbrückbarer, eine Kluft zwischen ihr und ihrem Manne. Aus einer glücklichen Großstädterin ist ein armer, gehehrt Mensch geworden, dem nur noch ein Ausweg offen steht: der Tod.

Mit dieser kleinen Schauspielerin zerbricht die Epoche, die sie auf ein Piedestal gestellt hatte, vom schmeichelnden Rampenlicht erleuchtet.

Es ist nicht der erste Roman, den Lilli Körber schrieb. Es wird hoffentlich nicht das letzte sein, was diese Schriftstellerin den Leidensgefährten in der Emigration zu sagen hat. Die Frau, die über das Erlebnis des roten Alltags in Rußland wesentliches schrieb, ist uns schuldig, Bücher zu schreiben, die aus dem Uferlosen auf die andere Seite, in den

Kampf der Zukunft, in die Gestaltung der Zukunft weisen. Der rote Alltag war ein Versprechen, die Jüdin im neuen Deutschland hat es erfüllt.

Man liest noch einmal die Abschnitte der „nationalen Erhebung“, eingebettet in ein Menschenschicksal, das unsere Teilnahme gewinnt.

Das kommende Buch muß mehr sein. Kein entsagendes, den Vorhang herunterlassen der kleinen Ruth, sondern Kampf, meinetwegen im Alltag der Emigration, dem wir mit allen unseren Psychosen nicht zu entripen vermögen. Ellinor Werrer.

Kosmetischer Bolschewismus

Der „Völkische Beobachter“ donnert in seiner Nummer 19 gegen das „Schminken am helllichten Tag“: „Dieser kosmetische Bolschewismus, der uns von artfremden Menschen aufgehängt wurde, ist gottlob überwunden. Aber es ist noch genug geblieben, was gleichfalls ausgerottet werden muß.“

„Kosmetischer Bolschewismus“ ist bildschön... wobei nur zu bedenken ist, daß Stabschef Röhm, der öffentlich gegen die Spießer wettet und für die ungehemmte Schminkfreiheit der deutschen Frau plädiert, damit also zum „kosmetischen Bolschewiken“ avanciert wäre.

Marsch ins Märchenland

Der Verlag Otto Beyer, Leipzig-Berlin, der auch schon einmal bessere Tage gesehen hat, kündigt in der reichsdeutschen Presse ein Märchenbuch von Marie Falkenheim an, das den schönen Titel trägt: „Rechtsam, marsch ins Märchenland!“

Das sind ja wirklich zackige Träumereien an neupreußischen Kaminen! Formierung der Märchenfront! Wer sich nicht ei reiht, wird nach beliebtem Muster „auf der Flucht“ erschossen!

Dimitroff spricht zur Welt

„Göring wünscht, mich hinrichten zu lassen“

Der „Daily Express“ veröffentlicht ein Interview mit Dimitroff — das erste, das in der Presse erscheint, seitdem sich die Tore der Gefängnisse hinter dem Verhafteten schlossen. Die Unterredung fand im Büro des Kriminalrats Heller statt, das sich im Gebäude der Geheimen Staatspolizei in Berlin befindet.

„Eine Tür öffnet sich.“ schreibt der Korrespondent, „und Dimitroff tritt ein, begleitet von einem Wärter... Seine ersten Worte zeigten mir, daß er deprimiert war.“

„Körperlich fühle ich mich gut.“ sagte er. „Gewiß, ich rauche zu viel — aber geistig, nun gut, Sie können verstehen, fünf Monate in Ketten, drei Monate vor Gericht und schließlich dies. Nein, ich bin nicht in guter Form. Die Einkerkelung bekommt einem Menschen wie mir schlecht. Ich beklage mich nicht über schlechte Behandlung. Die Behörden nehmen Rücksicht auf mich, aber was ich zu wissen wünsche, ist: Warum läßt man mich nicht frei? Ich kann verstehen, daß Göring wünscht, mich hinrichten zu lassen. Ich würde wie er fühlen, wenn ich Mitglied der deutschen Regierung wäre, aber daß man einen Menschen nach einem Freispruch in Gefangenschaft hält — das kann ich nicht verstehen. Ich protestiere dagegen, und ich hoffe, daß auch Sie für mich protestieren werden.“

„Für einen Augenblick.“ schreibt der Korrespondent, „stand der alte Dimitroff vor mir, trotzend den Richtern, Anwälten und Zeugen... ein Mensch, der um sein Leben kämpft.“

„Wenn ich befreit bin.“ erklärte Dimitroff, „werde ich nicht nach Rußland gehen. Rußland ist die Heimat jedes Revolutionärs, aber ich habe nicht meine bulgarische Staatsangehörigkeit verloren, und ich will in mein eigenes Land gehen. Ich habe einen Brief an den bulgarischen Ministerpräsidenten Mulschanow geschickt, aber ich habe keinen Zweck daran, daß er mich auf der Wrenge verhaften lassen wird.“

Auf die Frage des Journalisten, ob er nach einer Freilassung etwa nach Amerika gehen werde, erklärte Dimitroff: „Selbstverständlich nicht. Ich werde für meine kommunistischen Ideale weiterkämpfen. Ich bin ein Kommunist, ein wahrer Kommunist, und ich werde immer ein Kommunist sein.“ Nicht, um Filme zu machen.

Der heroische Dimitroff

„Nicht ohne Widerwillen“

„Der heroische Dimitroff und seine Kameraden sind verschwunden.“ schreibt „Reynolds“. „Sie sind nicht nur für

ein Verbrechen eingekerkert, dessen das höchste Nazigericht sie für nicht schuldig befunden hat: sie sind in ein Geheimgefängnis geworfen worden, entzogen den Augen der Welt, unerreichbar für ihre Freunde, ihnen zu helfen und ihnen ihre Sympathie zu bekunden.“

„Times“ veröffentlicht den Brief eines Lesers: „Die deutsche Regierung.“ heißt es in dem Brief, „mich kurzfristig sein, wenn sie annimmt, daß die öffentliche Meinung sich für Dimitroff nicht mehr interessiert wird, der sich einen Platz unter den Unsterblichen erworben hat. Solange Dimitroff im Gefängnis festgehalten wird, ist es meiner Meinung nach absolut unmöglich, an die deutsche Regierung ohne Widerwillen zu denken.“

„Unglaubliche Dinge“

Der „Manchester Guardian“ greift in einem Leitartikel die völlig unmotivierte und einem jeden Rechtsgefühl böhsprechende Gefangenschaft der Freisprochenen. Das große englische Blatt schreibt:

... Was bedeutet das? Fast ein Jahr nach ihrer Verhaftung, sieben Wochen, nachdem der öffentliche Ankläger ihren Freispruch gefordert hatte, sechs Wochen, nachdem das höchste deutsche Gericht sie freigesprochen hat, sind Dimitroff und seine Gefährten nicht frei. Das ist aber nicht alles. Die bulgarische Staatspolizei, der nunmehr die Bewachung Dimitroffs und seiner Gefährten obliegt, untersteht dem Reichsinnenminister, ist aber unter dem unmittelbaren Befehl des Generals Göring. Wer hätte General Görings Ausspruch im Reichstagsbrand vergessen? Offizielle Sprecher haben erklärt: die Bulgaren seien nicht eigentlich in Haft, sie seien lediglich in Schutzhaft, solange die deutsche Regierung erwägt, ob sie es zulassen kann, solche gefährliche Agitatoren zu befreien.

„Der Schaden, den ihr Tausende von Dimitroffs im Ausland zufügen könnten, steht nicht im Vergleich zu dem Schaden, den sie sich selbst zufügen, wenn sie in ihrem empörenden Unrecht verharrt. Das ist keine Frage politischer Sympathien. Das ist eine Frage elementarer Gerechtigkeit... Es scheint unglücklich, daß die deutsche Regierung ernstlich beabsichtigt, diese unschuldigen Männer ihren Feinden zu übergeben, die an der erbärmlichen Anrede festhalten, daß die Bulgaren gefährlich werden könnten, wenn man sie in Freiheit setzt. Unglaubliche Dinge sind in Deutschland geschehen und geschehen noch!“

57jährige Rote-Kreuz-Schwester erhält Gefängnis

Weil sie als Jüdin die Wahrheit über die Judenverfolgung sagte

Der nationalsozialistische „Westdeutsche Beobachter“ berichtet:

In einem Abteil eines Zuges von Bochum nach Köln fuhr am 10. Oktober vorigen Jahres eine jüdische Schwester in der Tracht des Roten Kreuzes, die sich bei ihren Mitreisenden durch die Art ihrer Gespräche sehr bemerkbar machte. Wenn sie nicht ihr Schwesterkreuz und ihre Kriegsabzeichen getragen hätte, auf die allgemein Rücksicht genommen wurde, hätte sie noch etwas erleben können. In Dortmund blieb ein neuer Fahrgast in das Abteil, dem sich die Schwester gleich als Reinigungswandte.

Sie wertete in sehr scharfer Weise über die heutige Regierung, und als sie auf der andern Seite falsche Abrechnung gewährte, fuhr sie noch schwereres Geschwätz auf. Mit sich selbst zufrieden, legte sie sich in ihre Ecke, um den Erfolg ihrer Diktaturen in aller Ruhe abzuwarten. Blick den übrigen Fahrgästen ob dieser Unverschämtheit und Frechheit ausgerechnet einer Schwester erst die Sprache weg, so verwahrte sie aber der neue Fahrgast ganz energisch, in solchen Beleidigungen weiterzureden. Aber das wollte sie gerade, daß man sich mit ihr befasse, damit sie ihre Weisheit wenigstens an den Mann bringen konnte.

Frech erwiderte sie dann auch, daß natürlich die deutschen Zeitungen nicht die Wahrheit brächten, aber wer sich über die tatsächlichen Zustände und Verhältnisse im neuen Reich einmal informieren wolle, der brauche keine Rose nur in eine ausländische Zeitung zu stecken.

Die deutschen Zeitungen hätten selbstverständlich auch nichts

darüber berichtet, wie die Juden bei uns zusammengeschlagen worden seien. Als dies allein mit Entrüstung beharrt wurde, erklärte sie mit frecher Stirn, daß man sich schon auf ihre Aussagen unbedingt verlassen könne.

weil sie ja selbst diese mißhandelten Juden als Schwester gepöbelte habe.

Jetzt sah sie in ihrer Tracht vor dem Sondergericht auf der Anklagebank, in die sie aus der Unterlassungshaft vorgeführt wurde, und nun schien alle Frechheit von ihr gewaschen zu sein. Die 57jährige Feodora Herz, die als Schwester des Roten Kreuzes in der Front im Osten gewesen war, hätte sich eigentlich in Grund und Boden schämen müssen. An den Äußerungen, die sie gemacht hatte, war nicht zu zweifeln, aber auf sehr jüdische Manier versuchte sie jetzt die Hauptschuld von sich zu wälzen. So gab sie an, erst durch das Gerede der Mitreisenden gereizt worden zu sein. Dann sei sie wieviel schon in einer krankhaft-nerösen und gereizten Stimmung gewesen, weil sie gerade von der Beerdigung ihrer Schwester in Bochum gekommen sei.

In Anbetracht dessen, daß gerade sie als Schwester solche haltlosen und unwahren Behauptungen aufgestellt hatte, dies dazu noch in aller Offenheit in einem Eisenbahnzuge, beantragte Staatsanwaltschaftsrat Forten gegen sie eine Gefängnisstrafe von 15 Monaten.

Das Sondergericht, unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Greven, rechnete der Angeklagten aber ihre damalige Gemütsverfassung zugute, berücksichtigte auch ihre bisherige strahlende Vergangenheit und ihre Kriegsteilnahme und kam daher zu einem Urteile von einem Jahr.

Geheimnis der Stratosphäre

Die russischen Forscher sind die ersten Opfer des Stratosphärenfluges geworden, und angesichts ihres tragischen Schicksals erhebt sich die Frage, ob der theoretische und praktische Wert der Erkenntnisse, die bei einem solchen Flug gewonnen werden können, den hohen Einlag des Lebens lohnt. Nach unseren bisherigen Erfahrungen über die Stratosphäre können wir sagen, daß bis zur Höhe von etwa zwölf Kilometer (am Äquator 17 Kilometer) die Temperatur ständig abnimmt.

Dann aber stößt die Quecksilbersäule auf einmal nicht weiter. Wir gelangen in eine Schicht, in der eine gleichmäßige Temperatur von etwa minus 54 Grad herrscht, die sich bis zu einer Höhe von 35 Kilometer erstreckt. Da oben in 35 Kilometer Höhe wird es dann plötzlich wieder wärmer. Genauer über die Temperaturen in dieser Höhenlage weiß man noch nicht. Aber wärmer wird es sicher, das weiß man aus einem Experiment, das uns der Krieg gelehrt hat. Denn den Kanonendonner hörte man erstmals in 100 Kilometer Umkreis, dann kam eine Zone des Schweigens und abermals 100 Kilometer weiter kam wieder ein breites Band, in dem man den Schall wieder vernahm. Diese Erscheinung läßt sich nur so erklären, daß die senkrecht der Zone des Schweigens auftretenden Schallwellen in großen Höhen von ihrer Bahn abgelenkt und wieder zur Erde zurückgelenkt worden sind. Diese Ablenkung des Schalles kann man nur auf zweierlei Art verstehen: Entweder ist da oben ein leichteres Gas, etwa Wasserstoff oder Helium, das die Atmosphäre erfüllt, oder es müssen dort oben höhere Temperaturen herrschen. Die erste Annahme kann man mit Sicherheit ausschließen. Es bleibt also nur die zweite, die jetzt auch allgemein angenommen wird.

Woher kommt nun diese plötzliche Erwärmung? Dr. Paul Götz vom Observatorium Arosa gibt in „Fortifikation und Forschungen“ die Antwort darauf. Es gelangt nicht alles

Licht der Sonne zu uns. Ein großer Teil der ultravioletten Strahlen wird durch eine Schicht von Ozon, die sich wie ein Filter um die Erde legt, abgefangen, verschluckt. Diese Ozonschicht hat ihren Schwerpunkt in 20 Kilometer Höhe über dem Erdboden und hört in 35 Kilometer Höhe ganz plötzlich auf, nachdem sie dort eben die höchste Konzentration erreicht hat. Die Umkehrschicht, in der die Schallwellen heruntergelenkt werden, befindet sich also in gleicher Höhe wie die obere Ozongrenze, d. h. vielleicht, daß die Erwärmung der Atmosphäre oberhalb des Ozons durch den Teil des kurzwelligen Sonnenlichts erfolgt, der weiter unten von dem Ozonfilter abgefangen wird und nicht in die Stratosphäre und nicht zu uns gelangen kann. Hier liegen die eigentlichen Probleme der Stratosphärenflüge. Einmal wird es ja doch wohl gelingen, mit Registrierballons, vielleicht mit solchen, die hoch oben vom Stratosphärenflugzeugen aufblasen werden, die Schicht zu durchdringen, die uns einen Teil des kurzwelligen Sonnenpektrums verschluckt.

Die Kenntnis des Baues und der Zusammensetzung der Stratosphäre und der Ozonschicht ist wichtig für das Verständnis des irdischen Lebens überhaupt. Wahrscheinlich ist ja Leben nur möglich, weil die dünne Ozonschicht uns tödliche Strahlen fernhält — ganz zu schweigen davon, ob sie nicht auch auf die Höhenkrablung bremsend wirkt, jene härtesten Strahlen unbekannter Herkunft, die nach den neuesten Forschungen Röntgenstrahlen eines Stabils von der Höhe der Siegeshöhe (61 Meter) glatt durchschlagen würden. Die Aufrechterhaltung der negativen Erdatmosphäre läßt sich vielleicht mit dem Vorhandensein solcher Strahlen erklären.

Und abgesehen von all diesen in erster Linie wissenschaftlichen Problemen lockt die Stratosphäre auch aus praktischen Gründen. Falls es möglich ist, in geschlossenen Gondeln bei künstlicher Atmung dort oben zu existieren, so könnten wir mit Motoren von einer Stärke, wie wir sie bereits besitzen, in der verdünnten Luft der Stratosphäre Geschwindigkeiten bis zu 1000 Kilometer erreichen, das heißt, die Entfernung Berlin-Neuyork in fünf Stunden zurücklegen.

Weshalb sie in Schutzhaft kamen

Bankdirektor und Rechtsanwalt

Damm (Weist.), 7. Febr. Zu einem Zwischenfall kam es auf dem Komplex eines hiesigen Klubs. Einem Verkäufer von Vosen der Winterhilfslotterie, wurde, als er Vose anbieten wollte, der Zutritt durch einen Bankdirektor und einen Rechtsanwalt verboten mit dem Hinweis, man wünsche nicht, daß die Festlichkeit durch Voserkaufe gestört werde; man habe keine Zeit und wolle feiern. Da ein Vermittlungsversuch des Oberbürgermeisters vergeblich blieb, erklärte dieser seinen Austritt aus dem Klub und ließ die anwesenden Parteigenossen auffordern, das Fest sofort zu verlassen. Am Montagabend fand vor dem Klubgebäude eine Protestkundgebung statt, in der sich der Kreisleiter der NSD, in scharfen Worten gegen die Sozialreaktion wandte, die die Volksgemeinschaft noch nicht beiriffen hätten. Zum Schluß gab der Kreisleiter der NSD, ein Schreiben bekannt, wonach Bankdirektor Steinbänder und Rechtsanwalt Kaiser in Schutzhaft genommen worden seien.

Auch Sympathie ist strafbar!

Das Sondergericht Stuttgart verurteilte kürzlich einen 22 Jahre alten Schüler aus Rüttlingen, der nicht der NSDAP, angehörte, aber ein Abzeichen trug, das dem amtlichen Parteiabzeichen außerordentlich ähnlich war und sich nur durch die Umschrift „Deutschland erwacht“ davon unterschied, zu zwei Monaten Gefängnis. Das Sondergericht stellte sich damit auf den vom Reichsjustizministerium abwilligten Standpunkt des Sondergerichts Berlin, daß auch das unbewusste Tragen der den amtlichen Abzeichen ähnlichen „Sympathieabzeichen“ strafbar sei.

Die Unabhängigkeit der braunen Sondergerichte zeigt sich darin, daß sie ihre Urteile von der Billigung des Reichsjustizministeriums abhängig machen.

SA. gegen Feder?

Ein Unglückswurm

Die politische Zeitschrift „Deutsche Frauenstimme“, die bis vor kurzem dem Staatssekretär Feder nahe stand, vielleicht noch in Beziehungen zu ihm steht, ist verboten worden. Zur Begründung teilt das Presseamt der obersten SA-Führung mit: Der Artikel, wegen dessen das Verbot der Zeitschrift ausgesprochen werden mußte, enthält eine Reihe von Behauptungen, die den Tatsachen in größter Weise widersprechen. Es ist unrichtig, daß in einer Zeit, in der die SA im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht, in der deutschen Presse Aufsätze über sie veröffentlicht werden, die jedes Verantwortungsabwimmeln vermissen lassen. Es muß daher von der deutschen Presse verlangt werden, daß sie ihre Berichterstattung über die SA in sorgfältiger und verantwortungsbewußter Haltung, wie es der Bedeutung der SA, als der wichtigsten und größten Erziehungsschule des deutschen Volkes entspricht.

Kein „deutscher Gruß“

In den Gefängnissen

Wie der „Antifaschistische Pressedienst“ mitteilt, hat der preussische Justizminister folgende Anordnung erlassen: Nach den bestehenden Dienstvorschriften haben die Gefangenen die Anhaltsbeamten durch Abnehmen der Kopfbedeckung, und, wenn sie keine Kopfbedeckung tragen, durch Annehmen einer kräftigen Haltung zu grüßen. Der deutsche Gruß als Gruß des freien deutschen Mannes kommt für Gefangene nicht in Frage. Er kann für Strafgefangene allgemein nicht zugelassen werden. Aus Gründen der Ordnung steht er aber auch den Untersuchungsanstaltigen nicht zu. Da eine Erweiterung des deutschen Grußes durch Gefangene nicht in Frage kommt, ist von keiner Anwendung durch Beamte gegenüber Gefangenen abzugehen. Demnach: die Sache so: Im deutschen Reichsjustizhaus muß jedermann „Heil Hitler!“ brüllen. Nur in der Strafhaft gewinnt er sozial persönliche Freiheit wieder, um nicht gegen seine Ueberzeugung grüßen zu müssen.

Die beliebte SA.

Wenn sie schnorrt

Die „Westfälische Landeszeitung“ ruft den guten Deutschen alle in Gewissen:

Treppauf, treppab geht es, um bei den Volksgenossen die Spenden einzusammeln. Die Schelle an der Haustür läßt sich an diesem Tage wohl öfters hören als sonst. Der Wohnungsinhaber oder unsere Hausfrau schaut oftmals verärgert zur Tür hinaus, und wer steht draußen? Ein SA., oder SS-Mann, die Haken zusammenzuschlagen, die Rechte zum Freibeitdgruß erheben, so steht er da. Sein: „Spende für das Winterhilfswerk“ oder „Spende für das Eintopfgericht“ kommt mitunter etwas störend heraus, weil er so oft an der Tür unfreundliche Gesichter sehen muß. Laßt es uns daher diesen SA. und SS-Männern doch nicht so schwer machen! Sie tun in der Woche ihre Pflicht und verrichten ihre Arbeit in den Werkstätten, Bergwerken oder Büros. Anker ihrer Arbeit versehen sie noch freudig und pflichtbewußt ihren Dienst. Wenn dann der SA. oder SS-Mann am Sonntag, dem einzigen Tage, wo sie sich mal ausruhen können, früh morgens antreten und begeißert für des Führers großes Winterhilfswerk sammeln gehen, dann sollte man ihnen doch wenigstens ein freundliches Gesicht zeigen!

Ob bei den einzelnen Volksgenossen Not ist oder nicht, das kann der SA. oder SS-Mann ja von draußen nicht sehen. Ein bißchen Freundlichkeit kostet ja nichts als Ueberwindung.

Soweit ist es also schon, daß den Volksgenossen die gute Laune vergeht, wenn sie einen Jüngling im braunen Ehrenkleid erblicken, und nur mit Ueberwindung gelingt ihnen ein freundliches Gesicht.

(Anrech.) Am Konzentrationslager Brandenburg, in dem etwa 800 SA-Parteigenossen gefangen gehalten werden, die von den übrigen Gefangenen streng getrennt sind, wurden zwei SA-Parteigenossen „auf der Nacht“ erschossen.

(Anrech.) Aus dem Motorturm Berlin-Nauenheimerstraße, der bereits dreimal angezündet und wieder neugebildet wurde, sind sieben Mitglieder ins Konzentrationslager überführt worden.

(Anrech.) Zwei Mitglieder des SA-Sturmes Schmargendorf wurden ins Konzentrationslager gebracht.

(Anrech.) Das Amsterdamer deutsche Konsulat schrieb an einen in Amsterdam lebenden deutschen Staatsangehörigen, der sich weigerte, einer Vorladung, auf dem Konsulat zu erscheinen, Folge zu leisten, diesen Drohbrief: „Falls Sie es wiederum ablehnen, dieser Anweisung nachzukommen, wird das deutsche Konsulat leider erzwungen sein, durch andere Mittel Ihr Erscheinen zu sichern.“

In dem gleichen Brief forderte das Konsulat den Empfänger auf, zwei weitere Deutsche zu veranlassen, auf dem Konsulat zu erscheinen oder deren Adressen anzugeben.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Es erregt in Pariser Theaterkreisen allgemeine Befriedigung, daß der Administrator der Comédie Française Emile Fabre auf seinem Posten bleibt. Zugleich wird angekündigt, daß eine einheitliche Leitung der Staatstheater eingesetzt werden solle. Der bisherige Leiter der politischen Polizei Thomé hat auf den Posten im Hause Molières unter dem Druck der öffentlichen Meinung verzichtet.

Die französischen sozialistischen Gruppen bereiten den Kongreß von Lille vor.

Auf der Ausstellung der Unabhängigen fällt auch ein Modell eines Briand-Denkmal auf, mit Briand als Bürger auf einem Postament, an dessen Flächen vier Figuren stehen, aus der Hand des Bildhauers Kosloff.

Die internationale Skimeisterschaft von Frankreich wird vom 21. bis 25. Februar zu Luchon-Superbagnères in den Pyrenäen ausgetragen. Eine neue Skiabfahrt vom Pic Céciré in Höhe von 2241 Meter, die Rekordgeschwindigkeiten ermöglicht, soll in Betrieb genommen werden. Es liegt Pulver-Schnee von etwa 1,25 Meter.

Der neue Seine-Präfekt Villey hat der Presse erklärt, daß er ein Mann ohne Geschichte sei, wie er im Kriege ein einfacher Soldat gewesen sei, und daß seine einzige Absicht wäre, im Interesse der Bevölkerung zu verwalten.

Nachdem sich der Gewinner des großen Loses der 5. Ziehung der französischen Staatslotterie, der in der Gegend von Roubaix und Lille vermutet wird, immer noch nicht gemeldet hat, fand jetzt die 6. Ziehung der neuen Lotterie in Trocadéro statt.

Im selben Moment, wo bekannt wird, daß M. Ponsot, nach der Ablehnung Chiappes, Generalresident in Marokko bleibt, meldet die Agence Fournier eine Kundgebung der französischen Kolonisten in Rabat, an der mehrere tausend Personen teilnahmen. Ponsot empfing eine Delegation.

Vom Pariser Rathaus — Der Tag der Demonstrationen

Paris, Dienstag nachmittag.

Das Hotel de Ville — das gewaltige Gebäude in nachgeahmter Renaissance — hat schon eine lange Geschichte. Bei allen historischen Ereignissen dieses bewegten Landes stand das Rathaus im Vordergrund. 1794, nach der großen Revolution, war es Sitz der Kommune. 1830 wehte hier die Trikolore. 1848 stand hier Louis Blanc auf der Treppe und rief die zweite Republik aus. Am 4. September 1870, zwei Tage nach der Gefangennahme des Kaisers „Badinguet“ (wie ihn Marx nannte), rief das Volk von Paris von diesem Hause abermals die Republik aus. 1871 war es Sitz der Kommune, ging beim Abzuge der Besatzung in Flammen auf. Später baute man das Haus mit den 110 Statuen berühmter Pariser wieder auf.

Die Stadt Paris hat, das ist bekannt, im Gegensatz zu den meisten anderen Großstädten des Landes, eine Mehrheit der Rechten. Paris war immer schon, wie etwa das Auftreten Déroulèdes bewies, einer nationalen Agitation zugänglich, während sich in proletarischen Vierteln wie Vincennes oder Saint-Ouen die Geister von Clara und der Jakobiner hielten. Aber das Wahlrecht ist den proletarischen Vierteln nicht günstig.

Die Weltstadt an der Seine hat eine wesentlich andere Verfassung, als etwa Berlin sie in den demokratischen Zeiten der Städtefreiheit innehatte. Der Seine-Präfekt, ein hoher Verwaltungsbeamter, genießt etwa die Stellung eines Stadtoberhauptes. Der Conseil Municipal, mit seinem Präsidenten Fiquet an der Spitze, hat mehr die Stellung eines Gemeindevorstandes. Die Regelung der einzelnen Verkehrsfragen etwa ist sehr kompliziert. Die Polizei ist zum erheblichen Teil kommunal, der Polizeipräsident dagegen staatlich, neuerdings ist eine Reihe von Funktionen für den staatlichen Dienst abgezweigt worden.

Anläßlich des Abschieds der beiden Präfekten Chiappe und Renard hatte die rechte Mehrheit des Stadtrats die Absicht, einen Beschluß zugunsten der beiden Unzertrennlichen zu fassen. Aber die Versammlung trat offiziell nicht zusammen. Dagegen versammelte sich ein Teil der Stadträte im Büro seines Präsidenten und faßte unter Ablehnung eines Antrages, der eine Manifestation wollte — einer der Herren sprach sogar von einem Zuge mit Schärpen unter Vorantritt der Gefeierten ins Palais Bourbon —, einen Protestbeschluß.

Die Wahl des Rathausplatzes zum Versammlungsraum der „Patriotischen Jugend“ (I. P.) läßt keinen Zweifel, daß der historische Ort der Trikolore abermals in den Streit der Meinungen gezogen werden soll. Der Platz der Concorde, der alte Platz der Guillotine (nebenbei bemerkt durch den Kölner Architekten Hittorf in seiner jetzigen Gestalt angelegt) ist natürlich erst recht historisch. Bei dem Obelisken von Luxor, den der Bürgerkönig Louis Philippe vom Vizekönig von Ägypten zum Geschenk erhielt, marschierten die nationalen Frontkämpfer auf und zogen in die elysäischen Felder. Andererseits klebten die Studenten der Patrioten-Jugend im lateinischen Viertel, von dessen Hauptboulevards vorher der neue Polizeipräsident Bonneloy die letzten eisernen Baumgitter entfernt hatte, Plakate an, in denen von einem „Staatsstreik der Linken“ und einer „Diktatur der Freimaurer“ und einer „Stunde der nationalen Revolution“ die Rede war. Auch ein neuer „Front Universitaire“ zog los und schimpfte mächtig auf die „Feiglinge, Verräter, Betrüger“.

Die Pariser Polizei, vordem 7000, hat heute 14 000 Mann, und außerdem, wie verraten wird, Reserven. Die Leute des bourbonischen Antieemiten Léon Daudet, die „Croix de Feu“, die sich in den Straßen gerne selbst leben lassen, die Patrioten-Liga und die der Steuerzahler, die Frontkämpfer und die Studenten, an diesem bewegten Tage der Kammereröffnung — während nach Arbeitsbeschluß die Arme der Arbeiter aus den Fabriken auf Geheiß der Sozialisten an den Sektionsplätzen zum Schutze aufmarschiert, das kostet einige Nerven. Die Republik gegen die Camelots aller Arten, das ist die Lösung.

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 62, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 9 Spezialisten.
Innere Medizin, Augen, Ohren, Nase und Kehlkopfkrankheiten, Königen, Diathermie, Elektrotherapie Spezialbehandlung bei Bluth-Harn- u. Geschlechtskrankheiten

b) Chirurgie

Zweitgrößtenströmungsgebäude, Vierstöckiges Gebäude, Zimmer klein, mittlere und große Chirurgen mit 1 bis 4 Betten, 1 Heilglocke. Die allermodernste Einrichtung umfasst 2 Operationsstühle.

c) Geburtshilfliche Klinik

Zahnärztliches Kabinett

Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, -Belichten, Kautschuk-Arbeiten

Ordination (täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr)

Fabrikgebäude Bahnhof Luxemburg

NEUBAU 1200 qm. Heile Ateliers im ganzen oder geteilt zu vermieten. Geeignet zu jeder Fabrikation evtl. Beteiligung, Handelsermächtigung sicher. Schriftliche Anfragen an die „Deutsche Freiheit“ Saarbrücken unter Nr. 359

INSERIEREN BRINGT GEWINN

Dr. Spécialiste

36, rue de Rivoli - Métro: Châtelet
RADIKALE HEILUNG VON BLUT-, HAUT- und FRAUENKRANKHEITEN

Heilung von Krampfadern und offenen Beinwunden
Neueste Behandlungsmethoden Elektrizität, Impulsverfahren, Trypsin, viele Einspritzungen

Blut- und Harn-Untersuchungen, Speermakultur, Salvarsan, Wisnui usw.

Sprechstunden täglich von 10-12 und von 4-5 Uhr Sonntags von 9-12 Uhr

Konsultationen von 25 Fr. ab.

Man spricht deutsch

Französ. Sprachlehrer in Brüssel

wäre bereit, Pensionär zwecks schneller Ausbildung im Franz. aufzunehmen. Tägliche Konversation, system. Ausbildung, Familienanschluß, Komfort.

Sich wenden:

Brüssel, rue Gillon 25 (Ladengeschäft)

Werbt für die „Deutsche Freiheit“

Die russischen Fahrer im Taxenstreik

In Paris gibt es, was im Taxenstreik von großer Bedeutung ist, nicht weniger als 3000 russische Chauffeure, davon viele Weißrussen. Aber die Russen, die einheitlich mitstreiken, erhielten jetzt von ihrer Gesellschaft ein Schreiben, in dem diese erklärte, daß die Einführung fester Löhne sie zwingen würde, nur noch 10 Prozent Ausländer zu beschäftigen. Das heißt also, daß die meisten Russen entlassen würden.

Die Pariser Gewerkschaften stellten demgegenüber durch Kiteau, den Sekretär der Kouduktöre, fest, daß der Prozentsatz der ausländischen Fahrer in einer Verordnung festgelegt ist, die nach Verhandlungen mit den Unternehmern und den Chauffeuren verabschiedet wurde. Diese Bestimmungen grundsätzlicher Natur können natürlich nicht durch Änderungen in der Lohnfrage berührt werden.

Außerdem wird festgestellt, daß die Meldung eines Blattes, die Firma Citroën wolle Autocars von Streikbrechern fahren lassen, nicht zutrifft.

Der Weber-Konflikt in Lille

Der Textilkonflikt im industriellen Norden Frankreichs ist offenbar als Kraftprobe von erheblicher Bedeutung. Der Arbeitsminister hat jetzt die Vertreter der Unternehmer veranlaßt, die geplante Herabsetzung der Löhne auf den 15. Februar zu verschieben, damit er die von ihm begonnene Vermittlung weiter fortsetzen kann.

Der neue Polizeichef von Paris



Der neue Polizeipräsident Bonneloy-Sibour, hat als Nachfolger des entlassenen Polizeigewaltigen Chiappe eine schwierige Erbschaft übernommen. Nachdem schon seit Wochen Paris eine Zeit der schweren Straßentumulte durchmacht, muß man sich jetzt nach der Entlassung Chiappes auf die gefährliche Opposition aller rechtsgerichteten Kreise einstellen, die immer wieder ihre Anhänger zu Demonstrationen auf die Straße schiden.

Kellner auf Agitation

Nazis im Auslande

Wir machten bereits darauf aufmerksam, daß man die deutschen Kellner im Auslande zu erfassen bemüht ist, um sie in den Agitationsdienst der NSDAP einzugliedern. Nun geht man daran, deutsche Kellner ins Ausland zu bringen. Alle Kellner, die fremde Sprachen lernen wollen, haben sich für eigene Kurze bei ihrer „Nachschicht“ zu melden. Die weit diese Pläne der Nazis bereits gediehen sind, darüber unterrichtet die folgende offizielle Verlautbarung: „Zwischen der Verbandsleitung des NSDAP und dem Zentralkomitee des NSDAP (Genfer Verband) in Zürich ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1933, unter Zustimmung der DAF, ein Abkommen über die gegenseitige Gewährung der Freizügigkeit für die Mitglieder der Sparte 1 der Nachschicht Gaststätten-Angestellte getroffen worden. Durch diese Vereinbarung ist die Anwartschaft der Mitglieder des ehemaligen Genfer Verbandes, Landesverein Deutschland, auf die Leistungen der Altersrentenfasse des NSDAP, sichergestellt worden. Nach einem bereits in Arbeit befindlichen Plan werden diese Leistungen nach einheitlichen Grundsätzen und unter bestimmten Voraussetzungen auf alle Mitglieder der Sparte 1 ausgedehnt, wofür nun diesen die festgesetzten Sonderbeiträge zu entrichten sind. Durch das Abkommen erhält auch die von der Reichsachschichtleitung vor kurzem eingeleitete Aktion zu einer Verwirklichung der Möglichkeiten eines Austauschens mit dem Auslande eine wertvolle Unterfützung. Mit der Pflege der Verbindung mit dem Zentralkomitee in Zürich ist in allen beruflichen und sozialen Angelegenheiten bis auf weiteres Reichsachschichtleiter Va. Sander, in allen finanziellen Fragen Va. Wagner beauftragt worden. Dem Verbandsleiter Va. Wolkersdorfer ist es zu danken, wenn nunmehr mit einem schnellen Dieb auch dieser gordische Knoten zum Nutzen der deutschen Gaststättenangestellten zerhauen und damit viel Unklarheit und Ungewißheit beseitigt wurde. Nähere Mitteilungen über die Realisierung der Altersrentenfasse, die Freizügigkeit, den Austausch ufm. ergeben demnächst.“

Der Gralstempel entdeckt!

Der Berg des Grals ist Montségur; die ganze wagnerische Mythik geht von ihm aus. Parsifal — das ist der Perceval Frankreichs, und der Gral, das Gefäß, in dem Joseph von Arimathia das Blut Christi am Kreuz auffing, dieser Schatz, der ein unschätzbares Symbol darstellt, ist in Montségur zu finden, wo man ihn hütete.“ Das sind die Ergebnisse langjähriger Forschungen des deutschen Gelehrten Otto Raab, die er jetzt in einem wissenschaftlichen Werke „Kreuzzug gegen den Gral“ veröffentlicht.

Bereits französische Forscher, u. a. V. B. Gheusi hatten die These aufgestellt, daß die Burg des wagnerischen Parsifal, Parsifals und Lohergrins sich in den Pyrenäen befindet. Die genauen Nachforschungen des Deutschen Raab bestätigen die Richtigkeit ihrer Behauptungen. Der Berg Montségur im Departement Ariège, unweit Tarascon, war von jeher von Geheimnissen umwoben, seitdem er seine geschichtliche Rolle ausgepielt hatte.

Am 12. März 1244 wurden die letzten Albigenser, die sich sechs Monate lang in dem in 1200 Meter Höhe gelegenen Schloß auf dem Montségur verteidigten, gefangen und lebendig verbrannt.

Im Laufe der langen Belagerung konnte man einen Teil der Schätze in Sicherheit bringen — so berichten die Chroniken. Was ist mit dem Rest geworden? — Sie sind wahrscheinlich im Boden unterhalb des Schloßes, von dem noch heute eine imposante Ruine mit Grotten steht, vergraben worden. Die Grabgewölbe enthalten, wie man vermutet, die Gräber der Teilnehmer des Konzils der Katharer, die sich den Berg als Stätte ihres Wirkens ausgewählt hatten, und voraussichtlich auch allerhand wertvolle Gefäße und Dokumente.

Formalrechtliche Entscheidung

Wie sie fälschen

(Zurück.) Die Klage einiger jüdischer Bürger aus Paris gegen den Präsidenten des Deutschen Klubs wurde vom Gemischts-Richtern bekanntlich mit der Begründung zurückgewiesen, daß einzelne nicht zur Klagebefugnis ermächtigt seien, wenn, wie in vorliegendem Fall, ein ganzes Volk beleidigt worden sei. Dieses Urteil wird von dem Kaiser Naziforrespondenten Diemerer, der aus Kairo eine Prose-Reportage für den Deutschen Rundfunk gab, folgendermaßen verfaßt: „Mit diesem Urteil eines internationalen zusammengesetzten Gerichtes steht fest, daß die jüdischen Säen über das Deutschland Adolf Hitlers vor unparteiischen Menschen nicht bestehen können.“

In Island

Auf Nazidruck verboten

Kopenhagen, 5. Febr. (Zurück.) Auf Verlangen des deutschen Generalkonsuls hat die isländische Regierung die sozialdemokratische Zeitung „Mibudublad“ verboten und den verantwortlichen Redakteur unter Anklage gestellt, weil Hitler in einem Artikel als Sedit bezeichnet wurde.

BRIEFKASTEN

„Arbeiter-Zeitung“ Saarbrücken. Dieses kommunistische Blatt teilt ihre Woche in Tage auf, in solche nämlich, wo es und beschimpft, und in solche, wo es und „verwendet“. Wir veröffentlichten zuerst Adolfs Werdler auf die SA. Anderslags finden wir ihn in der „Arbeiter-Zeitung“ mit folgender Einleitung: „In der Presse wird ein Dokument Adolfs veröffentlicht, das zum schändlichen Selbstmord auffordert. Der Blutbefehl Adolfs wurde im Einverständnis mit Hitler an alle SA-Organisationen erlassen.“ Diese jetzt angekündigte publizistische Entlassung haben wir als verschämtes Bekenntnis zur Einheitsfront. Wir bieten dieses Dokument gern unterer gesamten Inhalt zum Abdruck ohne Quellenangabe an.

„Neue Deutsche Blätter“. Das Heft Nr. 5 der „Neuen Deutschen Blätter“, Prag, enthält unter anderem einen Essay von Martin Andersen Nexø „Der neue Mensch“, in dem der dänische Dichter sich mit den Erscheinungen des Faschismus und Bolschewismus auseinandersetzt. Knud Smedley veröffentlicht zum erstenmal, nachdem ihre bekannten China-Reportagen in der „Frankfurter Zeitung“ nicht mehr erscheinen, eine größere Arbeit „Die Sirenen von Dunan“, die eine Streikbewegung im südlichen China zum Gegenstand hat. Kupfer Romankapitel von Hans Horkardt und Walter Schönfeld enthält das Heft einen Kuffag von Otto Keller, der eine umfassende, vom marxistischen Standpunkt aus vorgenommene Analyse der seit Hitlers Machtantritt erschienenen Literatur zur Judenfrage gibt. Beiträge von Fritz Brügel, A. G. Weidkopf und Erich Weiner vervollständigen das Heft, dessen besondere Bedeutung wieder in der Rubrik „Die Stimme aus Deutschland“ besteht. Nicht gleichgeschaltete Schriftsteller, die überall in Deutschland leben und arbeiten, gehalten hier den heroischen Kampf der gegen Hitler-Deutschland kämpfenden Arbeiter und Intellektuellen.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Vig in Dudenweiler; für Inserate: Otto Kubin in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5.